

Serial



Saar-Freund

Einzelpreis 25 Pfennig.

Nachrichten
aus dem
abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet
Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“

Nummer 16
6. Jahrgang

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungs-
preisliste S. 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zustellung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW. 11,
Röniggraber Straße 44, Fernspr.-Anschl.: Amt Köpen 3240. — Bezugspreis monatlich: 50 Goldpfennig. —
Alle Zahlungen auf Postcheckkonto Berlin NW. 7, Nr. 66536 oder auf Deutsche Bank, Depostenkasse 6, Berlin SW. 47,
Selle-Allianze-Platz 16, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein“ mit dem Vermerk „Saar-Freund“ erbeten.

Berlin
15. August 1925

Saarregierung, Saarländisches Abkommen und Wohlfahrt der Bevölkerung

In Versailles haben die Bevollmächtigten der Entente-
staaten der deutschen Friedensdelegation ausdrücklich und
feierlich erklärt, daß die von den Ententemächten aus-
gearbeiteten Bestimmungen über das Saargebiet als
obersten Grundsatz aufweisen: die Wohlfahrt der
Bevölkerung dürfe durch diese Regelung
keinerlei Einbuße erleiden. Besonders der Ar-
beiterschaft war zugesagt worden, daß ihre soziale und wirt-
schaftliche Lage verbessert werden sollte und die Regierungs-
kommission hat in ihrer Proklamation vom 26. Februar
1920 ausdrücklich hervorgehoben, daß die Regierungs-
kommission „ihr besonderes Augenmerk auf die Förderung
der Industrie und auf die Hebung der Lage der Arbeiter
richten werde“. Sie erklärte ferner feierlich, sich die Be-
antwortung gewisser Finanz-, Zoll- und Handelsfragen an-
gelegen sein lassen zu wollen, die mit Recht den Einwohnern
des Saargebiets am Herzen liegen.“ Auch bei anderer
Gelegenheit ist wiederholt und in ganz unzweideutiger Weise
von alliierter Seite erklärt worden, die Regierungskom-
mission dürfe und werde keine anderen Interessen kennen,
als die Sicherstellung der Wohlfahrt und der Rechte der
Bevölkerung. Der deutschen Friedensdelegation wurde von
dem Versailler Viererrat auf ihre erhobenen Bedenken er-
klärt, daß die Regierungskommission des Saargebiets keiner-
lei Weisungen von Frankreich erhalten werde, auch in keiner
Beziehung Frankreich verantwortlich sein dürfe, sondern
allein dem Völkerbund, der dem Saargebiet als Treuhänder
geste.

So erklärte und versprach man vor 5 und 6 Jahren.
Wir haben jetzt die Möglichkeit, an Hand der tatsächlichen
Verhältnisse und Ereignisse zu beurteilen, ob den damaligen
Versprechungen, Erklärungen und Beteuerungen auch die
Ausführung und Erfüllung gefolgt ist. In unserer letzten
Nummer haben wir von dem Abschluß eines Saarländischen
Abkommens zwischen Frankreich und Deutschland berichtet,
auch davon, daß auf deutscher parlamentarischer Seite und
in deutschen politischen und wirtschaftlichen Kreisen starke und
ernste Bedenken gegen dieses Saarländische Abkommen erhoben
worden sind, die es den parlamentarischen Vertretern des
Auswärtigen und des Handelspolitischen Ausschusses nicht
haben angebracht erscheinen lassen, diesem Zollabkommen
ohne weiteres zuzustimmen. Dabei sind sie sich sicherlich
der außerordentlich großen Tragweite bewußt, die eine Ab-
kehrung dieses Zollabkommens für die Saarländische Wirtschaft haben
müßte. Diese Erkenntnis ließ schließlich auch die starken
Bedenken, die sich politisch und wirtschaftspolitisch gegen
dieses Saarländische Abkommen aufdrängen, beiseite treten
und im Interesse der wirtschaftlich und politisch schwer be-
drängten Saarbevölkerung durch Annahme des Zollabkom-

mens dieser die Besorgnisse um die wirtschaftliche Zukunft
nehmen. Auf der anderen Seite wird man aber im Saar-
gebiet sehr wohl die Bedenken zu würdigen wissen, die die
deutschen parlamentarischen und wirtschaftlichen Vertreter
gegen dieses Saarländische Abkommen anführen und ebenfalls der
Meinung sein, daß Frankreich die wirtschaftliche Notlage der
Saarbevölkerung, in die sie durch naturwidrige
Bestimmungen des Versailler Diktats ge-
kommen ist, in geradezu verbrecherischer Weise ausgenutzt
hat, um für die elsass-lothringische Industrie auf Kosten
Deutschlands und des Saargebiets unberechtigte Vorteile zu
ziehen.

Bei Betrachtung dieser Gesichtspunkte erhebt sich ganz
unwillkürlich die Frage: Was hat die Saarregie-
rung als die neutralisierende Verwal-
tungskommission des Völkerbundes für das
Saargebiet getan, um von vornherein der
seit langem befürchteten wirtschaftlichen
Nachteile der naturwidrigen Eingliederung
des Saargebiets in das französische
Zollsystem zu begegnen? Die Frage erfordert ein
Eingehen auf den in Frage stehenden § 31 des Saar-
statuts.

Der Paragraph 31 des Saarstatuts schreibt die Ein-
ordnung des Saarbedens in das französische Zollsystem vor.
An sich ist dieser Paragraph bereits mit Inkraftsetzung des
Versailler Vertrages ebenfalls in Kraft gesetzt worden, d. h.,
das Saargebiet gehörte vertragsmäßig schon seit dem 10. Ja-
nuar 1920 zum französischen Zollgebiet, was ja auch die an
der saarländisch-deutschen Grenze errichteten französischen Zoll-
posten mit Zollkontrolle beweisen. Der Paragraph sah aber
auch gleichzeitig eine Uebergangszeit von fünf Jahren vor,
während der die Erhebung von Zöllen an der saarländisch-
deutschen Grenze bis zum 10. Januar 1925 ruhte. Man hat
also schon damals vorausgesehen, daß die wirtschafts-
politische Angliederung des Saargebiets
an Frankreich und vor allem seine wirtschaftliche Los-
reißung vom deutschen Wirtschaftskörper wirtschaftliche
Schäden im Gefolge haben würde, die nicht mit
dem Geist der Bestimmung des Artikels 46
des Versailler Vertrages in Einklang zu
bringen sind, daß „die Rechte und die Wohl-
fahrt der Bevölkerung sicherzustellen“ sind.
Deutschland ist der Auffassung, daß, nachdem sich schon in
kurzer Zeit erwiesen hatte, daß das Saargebiet ohne wirt-
schaftliche Verbindung mit Deutschland nicht existieren kann,
dieser Paragraph 31 eine Auslegung erfahren mußte,
die dem Geist und dem Buchstaben des Saarstatuts
entspricht. Deutschland hat während des ganzen

Verlaufs der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen versucht, die Saarfrage, soweit sie wirtschaftspolitische Fragen berührt, im Geiste dieser Bestimmungen zu klären. Die Versuche sind an dem Widerstand Frankreichs gescheitert, wobei offenbar nicht wirtschaftspolitische, sondern innen- und außenpolitische Gründe ausschlaggebend waren.

Nach deutscher Auffassung mußte aber der Völkerbund, sobald er erkannte, daß mit der Durchführung des Paragraphen 31 die Wohlfahrt der Bevölkerung wesentlich in Mitleidenschaft gezogen wurde, eingreifen und auf Frankreich einwirken, daß durch Vereinbarungen mit Deutschland materielle und moralische Schäden für die Bevölkerung vermieden werden. Hierzu ist der Völkerbund um so mehr verpflichtet, als die alliierten und assoziierten Mächte in ihrer Antwort auf die Bemerkungen der deutschen Friedensdelegation am 16. Juni unter anderem hervorhoben, daß „sie die größte Sorgfalt darauf verwendet haben, den Bewohnern des Gebiets selbst jeden materiellen oder moralischen Schaden zu ersparen“, und daß die „Regierung (Regierungskommission) keine andere Aufgabe und keine anderen Interessen haben wird, als die Sorge für das Wohlbefinden dieser Bevölkerung“. Auch in der Note der alliierten und assoziierten Mächte vom 24. Mai 1919 wird diese besondere Aufgabe der Regierungskommission hervorgehoben und ebenso in der Instruktion des Völkerbundes an die Regierungskommission über ihre Verwaltungstätigkeit im Saargebiet, wo es in Ziffer III heißt: „Die Regierungskommission hat keine anderen Aufgaben und Interessen als das Wohlergehen der Bevölkerung des Saarbeckens.“

Der Völkerbund war also verpflichtet, einzugreifen, als er erkannte, daß das Wohlergehen der Bevölkerung gefährdet wurde. In dem jetzt in Frage stehenden Fall hatte er um so mehr die Pflicht, sich für die Interessen der Saargebetsbevölkerung einzusetzen, als er im Jahre 1923 unter einseitiger Abänderung des Paragraphen 32 die Einführung der Frankenwährung durch die Regierungskommission als allein gesetzliche Währungsanerkennung. Nachdem der Völkerbundsrat damals die in Geist und Buchstaben aufgesetzte Währungsbestimmung glaubte abändern zu dürfen, „im Interesse der Wohlfahrt der Bevölkerung“, mußte er sich aus den gleichen Erwägungen auch zu einer Abänderung des Paragraphen 31 nicht nur berechtigt, sondern für verpflichtet halten, wo in viel größerem Maße materieller Schaden für die Bevölkerung entstehen muß und bereits eingetreten ist, nachdem dieser Paragraph 31 in vollem Umfange zur Durchführung gekommen ist.

Die Aufhebung des Paragraphen 31 des Saarstatuts hätte auch insofern keinerlei Schwierigkeiten verursacht, als der Zweck der Übertragung der Saargruben an Frankreich dem Geiste seiner Bestimmung nach bereits erfüllt ist, wie aus einer schon vor Monaten erfolgten Erklärung des französischen Ministers für öffentliche Arbeiten hervorgeht. Danach sind die Gruben in Nordfrankreich fast restlos wiederhergestellt, und die Vorkriegsförderung auf diesen Gruben wurde bereits überschritten. Die Übertragung der Saargruben an Frankreich ist aber laut Artikel 45 des Versailler Vertrags erfolgt „als Ersatz für die Zerstörung der Kohlengruben in Nordfrankreich und als Anzahlung auf den Betrag der von Deutschland geschuldeten Wiedergutmachung der Kriegsschäden“. Die Frage der Wiedergutmachung hat durch den Dawesplan und durch die sich daran anschließenden Londoner Abmachungen eine Regelung erfahren, die die Saargruben als Wiedergutmachungsobjekt für die allgemeinen Reparationen ausschließt. Die Vorberechnungen Clemenceaus für die Begründung der französischen Ansprüche auf die Saargruben als „Sonderanspruch Frankreichs auf eine Reparation im Saarbecken“ sind durch die Tatsachen, wie sie der französische Minister für öffentliche Arbeiten feststellte, als völlig abwegig festgestellt worden. Damit entfällt für Frankreich der

Grund, aus wirtschaftlichen Notwendigkeiten die Saargruben weiterhin als Reparationsanspruch aufrechtzuerhalten.

Auch die von Clemenceau in Versailles geltend gemachten Rechte auf Einbeziehung des Saargebiets in das französische Zollsystem zur „Verhinderung einer deutschen Obstruktion gegen die französische Ausbeutung der Kohlengruben des Saarbeckens“ haben sich durch die Tatsachen als nicht stichhaltig herausgestellt, da sich in den ersten fünf Jahren des Saarregimes keinerlei Komplikationen der von Clemenceau angeführten Art ergeben haben, obwohl das Saargebiet tatsächlich während dieser Zeit nicht zum französischen Zollregime gehörte.

Es ist schon erwähnt worden, daß Buchstaben und Geist des Saarstatuts wie auch bindende Erklärungen der alliierten und assoziierten Regierungen und ferner die Instruktion des Völkerbundes an die Regierungskommission dieser die Pflicht auferlegen, in erster Linie die Rechte und Wohlfahrt der Bevölkerung zu sichern. Wenn es sich herausstellt, daß diesen Bestimmungen und Anweisungen seitens der Regierungskommission nicht entsprochen wird, dann hat der Völkerbund die Pflicht, einzugreifen, da er als Treuhänder die Regierung des Saargebiets ausübt (Artikel 49). Deutschland steht das Recht zu, in den Punkten, wo die Bestimmungen des Vertrages dem Geiste und dem Buchstaben nach nicht innegehalten werden, den Völkerbund darauf aufmerksam zu machen, wie es wiederholt geschehen mußte, in Fragen des französischen Militärs, der französischen Schule usw.

Ohne Zustimmung und Entscheidung des Völkerbundes und ohne Vereinbarung mit Frankreich, ist Deutschland nach den bestehenden Bestimmungen nicht in der Lage, zugunsten der Bevölkerung durch direkte Maßnahmen im Saargebiet einzugreifen. Es tritt eben hier der Artikel 49 in Kraft, der besagt, daß Deutschland zugunsten des Völkerbundes, der insofern als Treuhänder gilt, auf die Regierung des Saargebiets verzichtet. Um so mehr ist es vertragliche und moralische Pflicht des Völkerbundes, durch entsprechende Maßnahmen allen Schaden materieller und moralischer Art abzuwenden, der durch die Durchführung der vollständig unlogischen Bestimmungen des Paragraphen 31 des Saarstatuts für die Saargebetsbevölkerung entstanden ist.

Der Völkerbund hat aber in der Frage der saarwirtschaftlichen Entwicklung und wirtschaftlichen Schädigung des Saargebiets durch die Eingliederung in das französische Zollregime sich völlig passiv verhalten und die Regierungskommission des Saargebiets hat sich dieser Passivität ebenfalls in voller Kenntnis der daraus entstehenden Folgen angeschlossen. Diese Passivität ging sogar soweit, daß Deutschland in den deutsch-französischen Saarwirtschaftsverhandlungen verlangen mußte, daß die Saarregierung zu diesen Verhandlungen Vertreter entsende, da sie allein berechtigt sei, die wirtschaftlichen Interessen der Saargebetsbevölkerung zu vertreten. Frankreich hat die Heranziehung von Vertretern der Saarregierung abgelehnt mit dem Bemerkung, daß hier lediglich französische Wirtschaftsinteressen in Frage stünden, über die es der Saarregierung keinerlei Mitwirkungsrecht einräumen könne. Tatsächlich sind die Saarwirtschaftsverhandlungen lediglich zwischen deutschen und französischen Regierungsvertretern erfolgt und nur in ganz unzureichendem Maße wurden vorübergehend saardeutsche Wirtschaftsachverständige hinzugezogen. Schon durch diese reinen Neußerlichkeiten wurden von französischer Seite und gleichzeitig von Seiten der Saarregierung und des Völkerbundes die Bestimmungen des Saarstatuts verletzt insofern, als eine völlig außenstehende Macht, nämlich Frankreich, über saarwirtschaftliche Fragen und Interessen entschied.

Auch in diesem Falle hat der Präsident der Saarregierung durch sein Verhalten den Beweis erbracht, daß er nicht als Beauftragter des Völkerbundes handelt, sondern lediglich französische, politische wie wirtschaftliche, Interessen vertritt. Da niemand in der Welt und am wenigsten innerhalb des Völkerbundes an diesen vertragswidrigen Zuständen etwas Auffälliges findet, deshalb kann der seit Jahren zum Schaden des Saargebiets und seiner Bevölkerung und Deutschlands geübte Vertragsbruch ungestraft fortgeführt werden.

Die Entscheidung über das Saarzollabkommen ist auf deutscher parlamentarischer Seite inzwischen gefallen. Es wäre erwünscht gewesen, wenn bei Besprechung dieses Abkommens im Reichsparlament nicht nur von deutsch-parlamentarischer Seite, sondern auch von Seiten der Regierung auf diese vertragswidrigen Zustände im Saargebiet hingewiesen worden wäre; vor allem durfte der Hinweis nicht unterbleiben, daß der Völkerbund in der Saarzollfrage nicht die gleichen Gesichtspunkte gelten ließ, die er in der Währungsfrage großmütig und eifertig zum Schaden des Saargebietes und Deutschlands hat zur Anwendung kommen lassen. Es ist aber erfor-

derlich, daß man sich deutscherseits die Forderung des Saargebietes zu eigen macht, nachweislich und durchführbare Bestimmungen des Saarstatuts entsprechend der in Versailles vorgesehenen Klausel einer Nachprüfung und notwendigen Abänderung zu unterziehen, damit tatsächlich die Grundforderung des Saarstatuts erfüllt wird: Sicherstellung der Wohlfahrt und der Rechte der Bevölkerung. Bisher ist dieser Grundforderung weder von der Saarregierung, noch vom Völkerbund entsprochen worden.

Das Saarzollabkommen.

Annahme durch den Reichstag.

In seiner Schlußsitzung vor den großen Parlamentsferien am 12. August hat der Reichstag in einer besonderen Sitzung ohne bemerkenswerte Aussprache das deutsch-französische Saarzollabkommen angenommen. Die in parlamentarischen Kreisen stark hervorgetretenen Bedenken gegen dieses Abkommen wurden dadurch zerstreut, daß von Seiten der Regierung darauf hingewiesen wurde, daß dieses Abkommen nur ein vorläufiges sei und nur eine Dauer von drei Monaten haben würde. Die endgültige Regelung der Saarzollfrage soll erfolgen gemeinsam mit dem Abschluß eines deutsch-französischen Handelsvertrages, für den die Verhandlungen im Monat September erneut aufgenommen werden sollen.

Man hat also die verschiedenen Bedenken schließlich fallen lassen, nachdem unter anderem auch der Vorstand des Bundes der Saarvereine auf die schweren und äußerst einschneidenden großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten durch seinen parlamentarischen Betrat hat aufmerksam machen lassen, die für das Saargebiet bei Ablehnung des Saarzollabkommens hätten entstehen müssen. Mit der Stellungnahme des Auswärtigen Ausschusses hatte sich der Beratungs- und Ausschussausschuß und der Vorstand des Bundes der Saarvereine eingehend beschäftigt, nachdem bekannt geworden war, daß starke Bedenken gegen das Abkommen aufgetaucht waren. Alle Redner, vor allem die aus dem Saargebiet wiesen in der fraglichen Sitzung auf die katastrophale Wirtschaftslage des Saargebietes und auf die zunehmende Verelendung der Arbeiter hin. Mit den Fraktionen des Reichstages wurde sofort in dieser Angelegenheit Rücksprache genommen und an den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses das folgende Telegramm gerichtet:

„Der Bund der Saarvereine bittet den Auswärtigen Ausschuß des Reichstages dringend, die Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich über den Warenaustausch zwischen Deutschland und dem Saargebiet zu genehmigen und mit Rücksicht auf die große Bedeutung dieses Abkommens für das Wirtschaftsleben des Saargebietes und seine Zusammengehörigkeit mit Deutschland etwaige Bedenken zurückzustellen.“

Ueber das Saarzollabkommen geben wir die folgenden Einzelheiten wieder, soweit sie bisher in der Presse bekannt geworden sind:

Ausfuhr aus dem Saargebiet nach Deutschland.

Gewisse Waren sollen im Rahmen von Kontingenten zollfrei aus dem Saargebiet nach Deutschland eingeführt werden. Zu diesen Waren zählen in der Hauptsache Eisenerzeugnisse, von denen ungefähr 800 000 T. zur zollfreien Einfuhr vorgesehen sind. Die Kontingente sind Jahreskontingente. Da die Gültigkeit des Abkommens für vier Monate geplant ist, sind die gesamten Zahlen durch drei zu dividieren.

Die Vergünstigung der zollfreien Einfuhr ist abhängig von der Beibringung einer Kontingentsbescheinigung. Die Bescheinigung selbst ist von einem Delegierten des Reichswirtschaftsministeriums in Saarbrücken auszustellen.

Im Abkommen ist die Herbeiführung einer wirtschaftlichen Abmachung zwischen der Eisenindustrie der Saar und den lothringischen Eisenwerken ausdrücklich ausbedungen. Sie soll darin bestehen, daß die Saarindustrie als Kompensation für die ihr gestattete zollfreie Einfuhr nach Deutschland für jede dorthin eingeführte Tonne Eisen eine bestimmte Abgabe an die lothringischen Werke zu zahlen hat. Die Höhe dieser Abgabe ist noch nicht festgesetzt. Die französischen Vorschläge belaufen sich auf 7 bis 8 M. je Tonne.

Die Einfuhr von Deutschland in das Saargebiet.

Frankreich bewilligt einer bestimmten Anzahl von deutschen Erzeugnissen Zollerleichterungen; diese bestehen in

der Regel in der Gewährung des französischen Minimaltarifes; außerdem sind vorgesehen auch Zollfreiheit bzw. Gewährung von Zollsenkungen unter dem Minimaltarif.

Unter diese Zugeständnisse fallen jedoch nur bestimmte Waren und bestimmte Kontingente. So ist Zollfreiheit vorgesehen nur für vier Waren, nämlich für Zuckerrübenkraut, zusammengepackte Heilmittel, Alben in deutscher Sprache und Spielzeug mit Christbaumschmuck, also für Warengattungen, die im deutschen Gesamtexport kaum eine Rolle spielen. Die Kontingente sind nur sehr geringfügig. Bei zusammengepackten Heilmitteln, deren Bedarf an der Saar mindestens 5 bis 6 Millionen M. beträgt, ist nur eine Menge von 600 000 Franken vorgesehen, an Steinkohlenteerfarben soll nur eine einzige Tonne zum französischen Mindesttarif nach der Saar gelangen können usw. Die Kontrolle der Einfuhr der kontingentierten Waren ist sehr scharf gedacht. Die Zulassung der Einfuhr ist abhängig von der Beibringung eines Berechtigungsscheines, den der saarländische Empfänger der Ware beschaffen muß. Der deutsche Ursprung der Ware ist nachzuweisen.

Sonderregelung für Maschinen und Erfsachteile.

Für die Ausfuhr deutscher Maschinen und deren Erfsachteile sind besondere Bedingungen vorgesehen und zwar in der Regel für solche Waren, die zur Ausbesserung und Instandhaltung der im Saargebiet befindlichen deutschen Betriebsausrüstungen erforderlich sind.

Im allgemeinen gilt für diese Waren der französische Mindesttarif. In einer bestimmten Anzahl von Fällen werden auch Sätze, die darunterliegen, genannt. Die Einfuhr dieser Ware in das Saargebiet bedarf in jedem einzelnen Falle der Genehmigung des Zolldirektors in Saarbrücken, die von dem saarländischen Empfänger der Ware beizubringen ist. Für jeden Fall der Einfuhr ist eine genaue Prüfung ihres Verwendungszwecks, ihrer Vergleichbarkeit mit Waren ähnlicher Art französischen Ursprungs usw. vorgeschrieben.

Besondere Regelung der Eisenzölle.

Während der Dauer des Abkommens verpflichtet sich die deutsche Regierung, die zurzeit geltenden Zölle der Positionen 777, 778, 779, 784, 793, 794, 795, 796 und die in der kleinen Zolltarifrevision vorgesehenen Zölle der Positionen 785, 785a und 786, 787, 788, 891, 792, 800, 869b und 317c nicht über die in dem Gesetzentwurf vorgesehenen Sätze hinaus zu erhöhen. Einfuhrverbote sind, soweit sie für diese Positionen noch bestehen, mit dem Inkrafttreten der Zolltarifnovelle aufzuheben. Falls die Zollsätze der vorgenannten Positionen durch autonome Maßnahmen oder durch Handelsverträge herabgesetzt werden, kann die französische Regierung die Einräumung dieser Herabsetzung verlangen. Wird diesem Verlangen von der deutschen Regierung nicht stattgegeben, so kann das Saarabkommen mit zehntägiger Frist gekündigt werden.

Aus dieser Zusammenstellung ergibt sich ohne weiteres, daß der Hauptvorteil des Saarabkommens unbedingt auf Seiten Frankreichs liegt. Aus diesem Grunde erscheint auch die von den deutschen parlamentarischen Vertretern an dem Abkommen geübte Kritik im großen und ganzen vollkommen berechtigt.

*

Das Saargebiet zur Annahme des Saarabkommens.

Die Nachricht von der Aufnahme des provisorischen Saarzollabkommens im Reichstag wird im Saargebiet mit lebhafter Genugtuung begrüßt. Man erblickt darin den guten Willen des Reichstages, alle schwerwiegenden wirtschaftlichen Bedenken gegen das Abkommen hinter die Sorge für die Aufrechterhaltung des saarländischen Wirtschaftslebens zurückzustellen. Zur Vermeidung von Mißverständnissen muß noch ausdrücklich darauf hingewiesen

werden, daß mit der Annahme des Saarabkommens im Reichstag seine Inkraftsetzung noch nicht ausgesprochen ist, daß vielmehr nach wie vor die Bestimmungen des Schlußprotokolls als Voraussetzung hierfür Geltung haben, d. h. daß die Inkraftsetzung des Saarabkommens gemäß den Bestimmungen des Schlußprotokolls abhängig ist von der zwischen der Saar- und der lothringischen Schwerindustrie bereits in dem notwendigen Einvernehmen mit der Ruhrindustrie angebahnten Verständigung über die Regelung der lothringischen Eiseneinfuhr nach Deutschland, die dann noch der besonderen Zustimmung der deutschen und französischen Regierung bedarf. Erst nach erfolgter Zustimmung und dem abschließenden Austausch der Ratifikationsurkunden tritt das Saarabkommen acht Tage später in Kraft.

★

Eine Anerkennung für den Abschluß des Saarlollabkommens.

Wie wir hören, ist der Referent für Saarfragen im auswärtigen Amt, Vizekonsul Dr. Voigt, anlässlich des Abschlusses des Saarlollabkommens im Reichstag zum Gesandtschaftsrat ernannt worden. Die Nachricht wird in weiten Kreisen des Saargebietes mit lebhafter Genugtuung und Freude begrüßt, da man weiß, daß Dr. Voigt, ein Mitarbeiter des Geheimrats v. Friedberg, ein wesentliches Verdienst um das Zustandekommen des Saarabkommens zuzuschreiben ist.

★

Die Düsseldorf Eisenverhandlungen über die Saarlollfrage.

Von gut unterrichteter Seite erfahren wir über die Düsseldorf Eisenverhandlungen zur Saarlollfrage folgendes:

Am 10. August haben in Düsseldorf erneut Verhandlungen zwischen den Vertretern der Saar-Schwerindustrie und der Rohstahlgemeinschaft stattgefunden, die auf die im Rahmen des Saarlollabkommens erforderliche Verständigung zwischen Saar- und Ruhrschwerindustrie als Ergänzung für die weiterhin zu treffende Vereinbarung zwischen der Saar-Schwerindustrie und der lothringischen Schwerindustrie hingen. Das Zustandekommen einer derartigen Verständigung über das ganze Saareisenproblem, der sowohl von der deutschen als auch von der französischen Regierung zugesichert werden kann, bildet bekanntlich die Voraussetzung für die Inkraftsetzung des Saarlollabkommens. Die Verhandlungen können als nicht aussichtslos für das Zustandekommen einer Ein-

gung zwischen Saar und Ruhr bezeichnet worden, wobei allerdings noch offen steht, ob und wie auf Grund der zu erwartenden Verständigung die weitere Einigung mit der lothringischen Schwerindustrie erfolgen kann. Die Schwierigkeiten der Verhandlungen mit der Ruhr liegen darin, daß die Ruhr auf die Bestimmungen des luxemburgischen Abkommens zurückzukommen wünscht. In dem luxemburgischen Abkommen waren für die Saarwerke dieselben Kontingentszahlen (636 000 To. Fertigzeugnisse und je 53 000 To. Halbzeug und Roheisen) genannt worden, wie sie jetzt als schwerindustrielles Kontingent im Saarlollabkommen aufgeführt sind. Weiter wurde bestimmt, daß die Kontingentsmengen denselben Produktionseinschränkungen unterliegen sollten, wie sie die Rohstahlgemeinschaft hat (zurzeit 35 Prozent). Die Rohstahlgemeinschaft fordert nun, daß auch das Kontingent des Saarlollabkommens derselben Beschränkung unterworfen werden soll (ungefähr eine Beschränkung von 212 000 bzw. je 17 000 Tonnen).

Von der Saarseite aus wird demgegenüber geltend gemacht, die Saar-Schwerindustrie in ihrer Gesamtheit sei durchaus nicht mit der luxemburgischen Abmachung einverstanden gewesen, da sie im Verhältnis ihrer Produktionsfähigkeit auf den bisherigen Anteil an dem luxemburgischen Gesamtkontingent von den beiden anderen Beteiligten, nämlich Lothringen und Luxemburg, zugebilligt erhalten hätte. Die Saar weist ferner darauf hin, daß die luxemburgische Abmachung keinerlei finanzielle Belastung der Saarindustrie, wie sie jetzt in Frage komme (durch die von der lothringischen Industrie geforderte Rückerstattung von je 6,25 M. pro To. nach Deutschland ausgeführten Saareisens) brachte. Es ist zu hoffen, daß über die Produktionsbeschränkung trotz des bestehenden Gegen-satzes eine Einigung erzielt wird, wobei allerdings die Rohstahlgemeinschaft ihre grundsätzliche Stellungnahme gewahrt sehen will. Falls sich auf diesem Gebiete durch einen irgendwie gearteten Ausgleich zugunsten der Saarindustrie eine Lösung finden läßt, so dürften keine Schwierigkeiten dafür bestehen, daß, wie die Rohstahlgemeinschaft weiter fordert, die Saarwerke sich den deutschen Verbänden anschließen und eine Verständigung mit der Rohstahlgemeinschaft über die Preispolitik treffen.

Schwierigkeiten würden alsdann nur noch bestehen wegen der Einigung mit Lothringen, hinsichtlich der die Rohstahlgemeinschaft fordert, daß die von der Saarindustrie an Lothringen zu zahlenden Abgaben keine zu große Höhe annehmen, eine Forderung, mit der die in schwierigster Lage befindliche Saarindustrie durchaus einig gehen dürfte. Die endgültige Lösung der Frage wird noch längere Zeit in Anspruch nehmen. Man wird sich bei den geschilderten Schwierigkeiten des ganzen Problems damit abfinden müssen, so sehr im Interesse der gesamten Saarlollwirtschaft das Hinausschieben der Inkraftsetzung des Saarlollabkommens bedauert werden muß.

Saargebiet.

Von Dr. M. H. Boehm.

„Ich will Frankreich jede Art von Indemnität geben, auf die es einen Anspruch besitzt; doch ich habe kein Recht, ihm Völker zu überantworten, die nicht wünschen, zu ihm überzugehen; noch sie unter eine Sonderregierung zu stellen, selbst wenn diese für

*) Unter dem Titel „Die deutschen Grenzlande“ ist im Verlag von Reimar Hobbing, Berlin, ein Werk von Dr. M. H. Boehm erschienen. Das Werk umfaßt 294 Seiten, 6 Karten, 48 Abbildungen und kostet im Leinenband 14 Mark. Dr. M. H. Boehm, ein Deutsch-Volte, behandelt in diesem beachtlichen Werk das ganze Problem des Grenzdeutschtums. Es ist ein schwieriges Werk, das der Verfasser des neuen Buches nur wagen konnte, weil ihm aus seiner jahrelangen Arbeit als Leiter der Spandauer „Arbeitsstelle für Nationalitätenprobleme“ und auf Grund seiner Beziehungen zu den Führern der im „Grenzkampf“ stehenden Gebiete das nötige Wissen und Verständnis gewachsen ist. Boehm beginnt mit einer Untersuchung der Begriffe, mit einer Umgrenzung des Stoffes. Was ist „Grenzland“, was ist „Grenz-volk“?

„Grenzland und Grenzvolk bleiben leere Allgemeinbegriffe, wenn sie sich nicht mit dem besonderen Anschauungsgehalt erfüllen, der in West und Ost und Nord allenthalben eigentümlich fließt.“ Dieses Anschauungsmaterial bieten die folgenden Kapitel: Beginnend mit dem Westen (Luxemburg, Elsaß und Lothringen, Saargebiet, Eupen und Malmedy, Rhein und Ruhr) über die Nordmark nach dem Südosten (Kärnten und Steiermark, Deutsch-Südtirol, Burgenland, Sudetenlande) hinaus nach dem Nordosten (Polen und Westpreußen, Hultschin, Oberschlesien, Danzig, Memelland, Insel Ostpreußen) führt die Wanderung. Jedes Gebiet in seinen besonderen Bedingungen, seiner Eigenart tritt vor uns.

Das Buch schließt mit den Abschnitten „Das mitteleuropäische

sie besser wäre, falls sie eine solche nicht haben wollen.“ Mit diesen klaren und unzweideutigen Worten hat Präsident Wilson ein vernichtendes Urteil über das französische Saarlollprojekt gefällt, zu dem er schließlich doch in entscheid-

Vorfeld“ und „Grenzdeutsch und Großdeutsch“. Es sind ihm beigegeben ein Literaturverzeichnis, ein Verzeichnis der Karten und Bilder und ein Orts- und Namensverzeichnis. Der Verfasser hält sich frei von jeglicher Tendenz, von Schlagworten und von Phrasen, sondern zeichnet das ganze Grenzlandproblem in seiner mannigfaltigen Gestaltung so wie es in seinen politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und bevölkerungsmäßigen Regungen sich im täglichen Leben zeigt. Daß sich der Verfasser in die einzelnen Grenzlandprobleme tief hineingefühlt hat und die einzelnen zu beachtenden Punkte ziemlich sicher beherrscht, beweist uns das Kapitel Saargebiet, das wir mit Erlaubnis des Verfassers hier zum Abdruck bringen. Möge die eine oder andere Wendung, möge diese oder jene Auffassung eine kritische Bemerkung erfordern, so ergibt sich doch in der Gesamtheit des behandelten Stoffes und in der Art der Auffassung, daß Dr. M. H. Boehm die Dinge durchaus richtig und sachlich behandelt und beherrscht. Zu wünschen wäre es, daß jeder Deutsche, dem die Fragen des Grenzlanddeutschtums nicht ganz gleichgültig sind, nicht nur das Buch besitzt, sondern eifrig darin studiert, damit er innerlich davon erfährt und durchdrungen wird, welch namenloses Unrecht Millionen von deutschen Volksgenossen durch das Versailler Schanddiktat geschehen ist und solange es besteht, weiter geschieht. Wer dieses Buch mit Aufmerksamkeit liest, der erfährt, wie wenig von den 60 Millionen Deutschen innerhalb der jetzigen Reichsgrenzen davon eine Kenntnis haben, daß 30 Millionen deutscher Volksgenossen außerhalb dieser Grenzen einen Ver-zweiflungskampf um Deutschum, um deutschen Kultur- und Heimatboden führen.

den Punkten seine Zustimmung gegeben hat. Sein Pressesekr. R. St. Baker, den er mit der Herausgabe seiner Memoiren betraut hat, gibt das unumwunden zu: „Es läßt sich nicht leugnen, daß das Saarabkommen mit allen daranhängenden Schutzmaßnahmen in seiner jetzigen Gestalt mehr durch das französische Verlangen nach Annexion als durch einen unparteiischen Versuch, die Friedensgrundsätze anzuwenden, erzwungen wurde.“ Wie konnte es kommen, daß trotz amerikanisch-englischem Widerstand dieses dichtestbevölkerte Gebiet Deutschlands — im Umfang von 1926 qkm und mit einer rein deutschen Bevölkerung von dreiviertel Millionen, unter denen zur Zeit der Besetzung ganze 300, also kaum $\frac{1}{2}$ vom Tausend Französisch sprachen — einer fünfzehnjährigen drückenden Fremdherrschaft überantwortet wurde?

Die Franzosen ihrerseits sehen in der Regelung der Saarfrage eine Niederlage oder doch nur eine unbefriedigende Teilerfüllung ihrer ursprünglichen Hoffnungen. Freilich waren ihre Wünsche und Ansprüche nach dem Zugeständnis Tardieus von Anbeginn an zweispaltig und widerspruchsvoll. Zwei Seelen stritten sich in ihrer Brust. Die eine, die „historisch-moralische“ Seele, rief „Gefühle der Gerechtigkeit“ an und verlangte die Wiederherstellung der Grenze von 1814. Damals hatte der Wiener Kongreß das Gebiet von Saarbrücken im Widerspruch zu den allgemeinen Grundsätzen, die auf Wiederherstellung der vorrevolutionären Grenzführung Frankreichs hinausliefen, dem reumütigen Gegner belassen. Nach Napoleons Rückkehr aus Elba wurde dieser Schönheitsfehler ausgeglichen. An diesem Punkt knüpfte die Pariser Politik 1919 wieder an. Daß der französische Propagandaapparat wieder einmal die keltischen Urbewohner bemühte, ist selbst verständlich. Daneben arbeitete er mit historischen Irreführungen. In Wahrheit haben ganze siebzehn Jahre lang Teile des Saargebietes während des Kaiserzeitlers Ludwigs XIV. und dann noch einmal vierzehn Jahre lang als revolutionäre Eroberungen in der Napoleonischen Zeit zu Frankreich gehört. Einzig die Festung Saarlouis — vom Sonnenkönig auf dem Boden des zerstörten Ortes Vallerfangen errichtet — war auch in der Zwischenzeit französisch geblieben. In beiden Fällen hat eine gesamteuropäische Gegenwehr dem französischen Imperialismus seine willkürlichen Annexionen abgefragt. 1815 ist Saarbrücken mit Begeisterung zu Deutschland zurückgekehrt. Niemals hat französische Sprache und Art im kerndeutschen Saargebiet Fuß gefaßt. Diesen schlichten und unanfechtbaren Tatsachen setzen die französischen Denkschriften und roten lächerliche Behauptungen von der Art entgegen, auf diesem „seit hundert Jahren germanisierten Boden“, sei zwar die Mehrheit der Bevölkerung germanisch, weil sie eingewandert sei, trotzdem sei jedoch das Saargebiet, „im Herzen französisch geblieben, wenigstens zum Teil“. Um diese letztere Behauptung zu erhärten, hat dann die französische Propaganda nicht vor einer plumphen Fälschung zurückgeschreckt, die als solche durch das Zeugnis des französischen Agenten Major Richert bezeugt ist. Eine angebliche Petition von 150000 Saardeutschen, die um den Anschluß an Frankreich nachgesucht haben sollen, hat Clémenteau an allen entscheidenden Punkten der Debatte als Waffe gegen England und Amerika gebient. Wenn der Völkerbund seine Aufgabe ernst nähme, hätte er längst durch eine unparteiische Kommission diese Mythisierung nachprüfen und aufdecken müssen, die eine wichtige Grundlage für die Fehlschlüsse von Versailles abgegeben hat.

Allein selbst eine Wiederherstellung der Grenzen von 1814 genügt den Franzosen nicht. Denn nun meldete sich die andere, die schwerindustrielle Seele und verlangte den Besitz der geraubten Kohlengruben, die leider Gottes größtenteils außerhalb dieses „urfranzösischen“ Gebietes lagen. Eine ausführliche Erörterung dieses Problems würde uns zur Aufrollung der gesamten Reparationsfrage zwingen, die hier nicht zur Besprechung steht. Es genügt der Hinweis auf die Erwiderungen der deutschen Friedensdelegationen, denen zufolge Frankreich durch die verlangte und schließlich durchgeführte Eigentumsübertragung der Bergwerke dessen erreicht hat, was es unter Zugrundelegung der Kriegszerstörungen in Nordfrankreich selbst als das Höchstmaß seiner berechtigten Forderungen bezeichnet hat. Der Führer der amerikanischen Finanzfachverständigen hat in einem Schreiben an den Präsidenten Wilson ausdrücklich vor einer Abtretung der Kohlengruben gewarnt. Andererseits haben die Saarexperten Amerikas und Englands, denen Tardieu mit gutem Grunde den Dank des französischen Volkes ausspricht, durch ihre frankophile Leichtgläubigkeit die Politik ihrer Staaten durchkreuzt. Wenn Lloyd George einmal erklären konnte, daß zwischen dem Saargebiet und Deutschland keinerlei natürliches wirtschaftliches Band bestände, so wirkt das auf Kenntnis und guten Willen seines Sachverständigen ein eigentümliches Licht. Allein von der Kohlenausfuhr gingen 1913 70% nach Deutschland (auschl. Elsaß-Lothringen), von der Koks- und Eisenerzausfuhr sogar über 90%. Die übrigen Ausfuhrzweige weisen ähnliche Prozentsätze auf. Auf dem Gebiet der

Einfuhr stehen die lothringischen Erze in erster Reihe, während das übrige Deutschland sonst auch in der Einfuhr erheblich im Ubergewicht ist.

Der Gegensatz zwischen den kaum verhüllten Annexionsabsichten Frankreichs und den Grundsätzen des Präsidenten Wilson führte gerade im Fall der Saar fast zur Sprengung der Friedenskonferenz. Nachdem Wilson jedoch den Fehler begangen hatte, in die entschädigungslose Abtretung der Kohlengruben zu willigen, sah er sich zu weiteren Zugeständnissen gedrängt. Ursprünglich sträubte er sich hartnäckig gegen jegliche Form von Grenzverschiebung und Sonderverwaltung, sondern wollte nur ein Schiedsgericht für wirtschaftliche Streitigkeiten zugestehen. Nachdem aus dieser Schiedsgerichtskommission eine Verwaltungskommission geworden war, gelang es Lloyd George, diese in ein Organ des Völkerbundes umzuwandeln, und Wilson fügte sich schließlich auch einer fünfzehnjährigen Abtrennung mit dem Ziel einer Volksabstimmung, welche Wiederherstellung der alten Beziehungen zum Reich, volle Angliederung an Frankreich oder Fortdauer der Völkerbundsherrschaft zur Wahl stellen soll. Fällt die Abstimmung zu deutschen Gunsten aus, so soll das Reich die Kohlengruben zum Goldwert in kurzer Zeit zurückkaufen dürfen. Willkürliche Erweiterung der ursprünglich vorgesehenen Grenzen, die weder geschichtlich noch wirtschaftlich zu rechtfertigen sind, hat dieses Werk der Ungerechtigkeit gekrönt, zu dessen Vollstrecker sich der Völkerbund erniedrigt hat.

Die Verfassung, der das unglückliche Saardeutschum zunächst für fünfzehn Jahre unterworfen ist, hat ihren Niederschlag im Saarstatut gefunden, das als Anlage den Art. 50 des Versailler Dictats ergänzt. Die darin vorgesehenen Maßnahmen sind dazu bestimmt, „die Achtung der Rechte und das Wohl der Bevölkerung zugleich mit der Regierung des Gebietes zu sichern.“ Bezeichnenderweise ist der ganze erste Abschnitt vielmehr der Sicherung des französischen Kohlenraubes gewidmet, wobei dem französischen Personal eine ganze Anzahl von Vorrechten gewährleistet wird. Sodann wird eine vom Völkerbundsrat ernennbare und abberufbare Regierungskommission eingesetzt, auf die die gesamte Regierungsgewalt im Lande übergehen soll, die bisher das Deutsche Reich, Preußen und Bayern innegehabt hat. Dieses Institut verdient ein besonderes Interesse, da es gegenwärtig das einzige Beispiel eines unumschränkten Absolutismus in Europa darstellt. Selbst in der Rheinlandkommission sitzen wenigstens Beauftragte parlamentarisch verantwortlicher Regierungen. In dieser Saarregierung nicht. Diese „demokratische“ Neuerung des weltbefreunden Völkerbundes verdient Beachtung. „Le Tsar est mort, vive le Tsar!“ Ohne ein Einspruchsrecht der Bevölkerung kann diese Kommission Beamte ernennen und absetzen, die deutschen Gesetze und Verordnungen abändern, sie soll die Interessen der Saargebietsbevölkerung im Ausland regeln, Recht sprechen und eine oberste Gerichtsstanz einsehen, Abgaben und Steuern erheben, Schule und Sprache kontrollieren, Leben und Eigentum der Bewohner durch eine örtliche Gendarmerie schützen und in bindender Form Auslegungsfreiheiten des Saarstatuts zwischen den Bewohnern des Gebietes und zwischen Frankreich und Deutschland schlichten. Ein neu zu schaffender, aus Wahlen hervorgehender Landesrat hat lediglich die Befugnis, bei geplanten Gesetzesänderungen gehört zu werden. Frankreich erhält durch das Saarstatut außer dem Besitz- und Ausbeutungsrecht in den Kohlengruben vor allem das Recht auf Umlauf seines Geldes und nach Ablauf von fünf Jahren die Zollhoheit.

Es ist selbstverständlich, daß bei einer mit derart despotischen Rechten ausgestatteten Regierung die persönliche Zusammensetzung entscheidend ist. Zu Mitgliedern der Regierungskommission soll außer einem Franzosen, einem „nicht französischen“ Saargebietsbewohner noch drei Angehörige unbeteiligter Staaten ernannt werden. In der Praxis ist jedem Regierungsmitglied gewissermaßen ein ministerielles Ressort übertragen worden. Den Vorsitz erhielt von vornherein der Franzose Rault, der kein Wort Deutsch versteht. Die Abteilung für Kultur, Schule und Justiz wurde zunächst in die Hand eines dänischen Kennstallbesizers aus Paris, dann eines spanischen Obersten und zuletzt eines von Benesch vorgeschlagenen Tschechen gelegt, dessen Stimme natürlich ebenso wie die des belgischen Mitgliedes tatsächlich Frankreich willenlos zu Gebote steht. Der Saardeutsche ist erst recht eine Kreatur der Völkerbundsautokratie. Mehrere Jahre lang bekleidete ein wegen Meinereides verurteilter Arzt Dr. Hector, diesen Posten. Als sein Nachfolger Land wegen Unfähigkeit schließlich doch entlassen werden mußte, wurde die Stelle einem Arbeiterführer übertragen, der auch nicht in vollem Umfang als Vertrauensmann der Bevölkerung bezeichnet werden kann. Die einzige unabhängige Persönlichkeit in diesem Fünfmännerkollegium, die freilich der Mehrheit gegenüber nicht durchdringen konnte, war der Kanadier Waugh, der inzwischen durch einen anderen kanadischen Staatsbürger ersetzt worden ist.

In der nachgeordneten Beamtenschaft der Zentralverwaltung überwiegt vollends das Franzosentum, man zählte von 40 solchen landfremden Beamten Anfang vorigen Jahres allein 27 Franzosen und unter den übrigen sechs Männer, die als Polen, Tschechen, Belgier usw. von vornherein für deutschfeindlich gehalten werden dürfen. Diejenigen Elemente, bei denen wenigstens ein gewisses Maß von unparteiischer Gerechtigkeit vorausgesetzt werden kann, befinden sich also in hoffnungsloser Minderheit.

Die Folge dieses Zustandes ist, daß das Völkerbundsdominium an der Saar in Wahrheit mit Wissen und Willen von Genf nahezu als französische Kolonie regiert wird. Bruch und Beugung des Saarstatuts erfolgt durchgängig im französischen Interesse. Raumgründe verbieten es, die ganze Folge von Rechtswidrigkeiten der Saaraufokratie hier aufzuzählen, wir müssen uns auf wenige kennzeichnende Notstände der gequälten Bevölkerung beschränken:

Einen der wichtigsten Streitpunkte bildet das staatsrechtliche Verhältnis der Saarbewohner. Das Saarstatut läßt keinen Zweifel an der Fortdauer ihrer reichsdeutschen Staatsangehörigkeit und knüpft das Stimmrecht bei der späteren Abstimmung lediglich an die Ortsanwesenheit zum Zeitpunkt der Ratifikation des Friedensvertrages. Im Sommer 1921 hat nun die Regierungskommission eine Verordnung erlassen, die einen unklaren Zwischenbegriff in Gestalt des „Saareinwohners“ schafft, der teils der reichsdeutschen Einwohnerschaft das Wahlrecht zu den örtlichen Körperschaften schneidet, auf der andern Seite dieses den französischen Zuwanderern eröffnen soll. Alle Proteste der Saardeutschen und des Reiches gegen die Vertragsverletzung sind erfolglos geblieben. Eine würdige Ergänzung dieses Vorgehens bildet die Bestimmung, wonach Frankreich im Auftrage der Saarregierung die Rechte der „Saareinwohner“ im Ausland zu vertreten hat.

Der Landesrat, dessen Wahl zum ersten Male im März 1922 ausgeschrieben wurde, ist zu fast völliger Bedeutungslosigkeit verurteilt. Sein Präsident wird von der Regierung ernannt, die ihm auch die Geschäftsordnung und damit die Beratungsgegenstände vorschreibt. Interpellations- und Petitionsrecht ist ihm versagt, auch genießen die Abgeordneten im Gegensatz zu den allerorts üblichen demokratischen Gepflogenheiten keine Immunität. Die Beschränkung des passiven Wahlrechts auf gebürtige Saardeutsche führt dazu, daß z. B. der angesehene Führer der Mehrheitssozialisten Valentin Schäfer nicht wählbar ist. Bei den ersten Wahlen errang die deutsche Einheitsfront 26 von 30 Sitzen. Die Unabhängigen, deren Wahlpropaganda von französischen Geldern gespeist wurde, brachten überhaupt keinen Abgeordneten durch. Die absolute Mehrheit erlangte das Zentrum. Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion erfreut sich wegen seiner aufrichtigen deutschen Gesinnung besonderer Aufmerksamkeit von Seiten der Behörden. Natürlich ist es der Bevölkerung nicht gelungen, ihm den Sitz in der Regierungskommission zu verschaffen, obwohl oder vielmehr weil dann wirklich ein Vertrauensmann des Saardeutschtums in der Regierung säße. Bei den Neuwahlen im Januar 1924 auf Grund einer böseartig ausgelegten Wahlordnung gewann wieder die Franzosenpartei des sogenannten „Saarbundes“ keinen einzigen Sitz. Unter nichtigem Vorwand wurden daraufhin die Wahlen von der Regierung angefochten. Die erfreuliche Wahlbeteiligung der Bevölkerung ist um so bemerkenswerter, als durch rigorose Ausweisungen die vielfach nicht ortsgewöhnliche Führerschaft gelichtet und die Tradition der Parteien dadurch gefährdet war.

Diese Ausweisungen bilden nur ein Glied in der Kette planmäßiger Abkapselungsmaßnahmen, die das Saargebiet möglichst aus dem allgemein-deutschen Lebenszusammenhang herauszuziehen sollen. Diese Abschneidung, die sofort nach der Besetzung in Gestalt von Postüberwachung einsetzte, sucht auch alle Berufsvereinigungen, Verbände und Vereine aus ihren natürlichen gesamtdeutschen Bindungen herauszulösen. Die Abschneidung des gerichtlichen Instanzenzuges durch Schaffung eines obersten Gerichtes wirkt in derselben Richtung. Künstlern und Gelehrten aus dem Reich wird die Zureise zu Vorträgen und Konzerten in qualitätsvoller Weise erschwert. Der Versuch der Schaffung eines eigenen Saarbistums ist am Widerstand der Kurie gescheitert.

Diese gewaltsame Isolierung des Saargebietes vom Reich, dem es staatsrechtlich nach wie vor, bis zur endgültigen Entscheidung von 1935, zugehört, hinderte die Regierungskommission nicht, die scharfen Ausnahmebestimmungen ihrerseits im Saargebiet nachzuahmen und zu übertrumpfen, die die deutsche Regierung in unruhiger Zeit erlassen zu müssen glaubte. Internationales Aufsehen hat insbesondere die berühmte Notverordnung vom 7. März 1923 erregt, die jede Kritik am Völkerbund, der Saarregierung und den Unterzeichnern der Friedensverträge unter hohe Geld- und Freiheitsstrafe setzte. Maßnahmen dieser Art, wie auch das Verbot des

Streikpostenstehens waren um so unnötiger, als seit der Okkupationszeit ununterbrochen widerrechtlichermaßen französische Truppen im Land gehalten werden. Der Ausbau der örtlichen Gendarmerie, die nach dem Saarstatut allein zur Aufrechterhaltung der Ordnung befugt und zugelassen ist, wird unter nichtigen Vorwänden verschleppt, obgleich fast jede Völkerbundsitzung mit dieser Frage befaßt ist. Während der Zeit des Ruhrreinbruchs war die französische Truppenmacht erheblich verstärkt, sie bietet dem französischen Oberkommando jederzeit die Möglichkeit, durch Verhängung des Belagerungszustandes die Kriegsgesetzbarkeit an sich zu reißen und damit die Rechtsprechung vollends den beglaubigten Gewalten zu entziehen. So konnte es dahin kommen, daß beispielsweise der Kreistag von Saarlouis einmal mit Waffengewalt auseinandergetrieben wurde. Zehn Saardeutsche sind durch Mord der französischen Soldateska zum Opfer gefallen, ohne daß Frankreich irgendwelche Genugtuung gewährt hätte. Zwar hat der französische Oberkommandierende bereits am 10. Mai 1919 folgenden denkwürdigen Befehl erlassen: „Seit der Veröffentlichung der Friedensbedingungen werden die Bewohner des Saargebiets nicht mehr als Feinde betrachtet. Infolgedessen erstreckt sich die Bezeichnung ‚Boches‘ nur noch auf die Preußen und die Deutschen, die außerhalb des Saargebiets wohnen. (!!) Das Verhalten des Militärs auf den Straßen muß korrekt bleiben und aufhören, anspruchsvoll zu sein.“ Diese vielversprechende Mahnung scheinen sich nicht alle Angehörige der „glorreichen Armee“ zu Herzen genommen zu haben. Auch entfalteten Werbebureaus der Fremdenlegion in Saarbrücken ungehindert ihre Wirksamkeit. Die Polizei besoldet ein Heer von Spiegeln und hat mehrfach bei den Geistlichen beider Konfessionen und bei andern angesehenen Personen ungerechtfertigte Hausdurchsuchungen vorgenommen.

Ein Feld empfindlicher Uebergriffe der Saarregierung bildet das Schulwesen. Frankreich hat lediglich das vertragsgemäße Recht, als Nebenanlage seiner Gruben für das zugewanderte Personal französische Schulen einzurichten. Es hat die Gleichstellung dieser Bildungsanstalten mit den deutschen öffentlichen Volksschulen durchgesetzt und durch Druck auf die wirtschaftlich abhängige Arbeiterschaft etwa 4—5000 deutsche Kinder zum Besuch gezwungen. Ein weiterer schwerer Rechtsbruch liegt in der Ernennung der Lehrer zu unmittelbaren Staatsbeamten, wodurch den Gemeinden das Recht freier Lehrerbewahl entzogen wird. In Zukunft werden nur willkürliche Kreaturen der Regierung mit Lehraufgaben betraut werden. Hier wie überall haben die Klagen der Bevölkerung und des Reiches in Genf taube Ohren gefunden. Auch um die Rechtsgutachten eines deutschen und eines amerikanischen Völkerrechtslehrers haben sich die Hüter der westlichen Zivilisation nicht gekümmert. Frankreich verfolgt erklärtermaßen den Zweck, durch französische Bildungseinflüsse auf die Stimmung der Bevölkerung bei der künftigen Abstimmung einzuwirken. Mit welchen Mitteln der Korruption die Regierung dabei arbeitet, zeigt allein die Tatsache, daß den Besuchern französischer Schulen freie Lehrmittel gewährt werden, während den Gemeinden verboten wird, Geld für den gleichen Zweck ihren Schulen zur Verfügung zu stellen.

Das eigentliche Schwergewicht französischer Einwirkung ruht natürlich in der Wirtschaft, wo Frankreich die weitesten Rechte eingeräumt worden sind. Als Besitzer der Gruben hält der französische Staat etwa ein Drittel der Bevölkerung in unmittelbarer sozialer Abhängigkeit. Mit den französischen Wirtschaftseinrichtungen ist auch die Zentrale der Propaganda verbunden, die unter der Leitung des Majors Richert mit allen Mitteln der Korruption arbeitet. Eines ihrer Organe ist der „Neue Saarlurier“, der sich, wie ähnliche Blätter in Ost-Mitteleuropa, äußerlich als deutsche Zeitung gibt. Eine der heiß umstrittenen Fragen namentlich während der ersten Jahre der Fremdherrschaft bildete das Währungsproblem. Frankreich hat vertragsgemäß lediglich das Recht auf ungehinderten Umlauf seines Geldes. Seit dem Frühjahr 1921 ist es ihm gelungen, allmählich die gesetzmäßige Einführung des Franken durchzusetzen, die am 1. Juni 1923 rechtskräftig wurde. Das beschleunigte Tempo des Marksturzes hat schließlich den deutschen Widerstand zur Strecke gebracht. Die Zwischenzeit der Doppelwährung hat zu schweren Teuerungs- und Krisenerscheinungen in der Wirtschaft geführt, auch war naturgemäß mit der offensichtlichen Verleitung zur Valutap speculation eine bedenkliche moralische Korruptionseinwirkung auf die Bevölkerung verbunden. Wie wucherhaft die französische Preispolitik vorgeht, zeigt allein der Umstand, daß Frankreich in den letzten Jahren durchschnittlich den fünffachen Reingewinn der Vorkriegszeit aus den Bergwerken herausgepreßt hat. Der Anfang des Jahres 1925 brachte die völlige Einbeziehung des Landes in das französische Zollsystem. Diese Maßnahme stieß auch in französischen Wirtschaftskreisen auf wachsende Bedenken, da die Gefahr einer Ueberlastung des französischen Marktes nicht von der Hand zu weisen ist. Die unnatürliche Verbindung mit Frankreich und

die Trennung vom deutschen Markt hat im Saargebiet eine Wirtschaftskrise erzeugt, die Dauergepräße anzunehmen beginnt und die Unternehmerschaft mit schwersten Sorgen für die Zukunft erfüllt. Leider ist es den Franzosen verhältnismäßig schnell gelungen, durch Kapitalüberfremdung größten Stils auch in die private Wirtschaft einzudringen. Am längsten hat die altangesehene Firma Gebrüder Röchling sich dieser wirtschaftlichen Verflavung widersetzt. Der hochangesehene Wirtschaftsführer Kommerzienrat Hermann Röchling, der auch im parlamentarischen Leben des Landes eine bestimmende Rolle spielt, ist deswegen schwersten persönlichen Verfolgungen ausgesetzt gewesen. Er ist die überragende Führergestalt, die das Saargebiet heute aufzuweisen hat. Sein Bruder Robert Röchling schmachtet wegen angeblicher Kriegsverbrechen lange Zeit im Gefängnis.

Dieses System des wirtschaftlich gestützten und politisch ausgebauten französischen Imperialismus im Saargebiet ist so offenkundig, daß selbst dem gutgläubigsten Ausländer allmählich die Augen aufgehen mußten. Es bedurfte dazu nicht einmal der Reise Loucheurs ins Saargebiet, der Herrn Kault unumwunden erklärte, „was Frankreich von ihm erwarte“. Allzu offenerzige Äußerungen in der französischen Presse, gegen deren „Indistretion“ die Saarregierung gelegentlich Klage führt, taten und tun ein Übriges. Die parlamentarischen Körperschaften im Reich, in Preußen und in Bayern haben die Vorgänge an der Saar immer wieder zur Sprache gebracht. Noch wenige Tage vor seinem Tode hat Walther Rathenau im Reichstag eine eindrucksvolle Rede über die Saarfrage gehalten. Eine gewisse Rückwirkung wurde erst bemerkt, als das englische Unterhaus am 10. Mai 1923 das bisherige rücksichtsvolle Schweigen brach und namentlich die berüchtigte Notverordnung einer scharfen Kritik unterzog. Gerade warme Anhänger des Völkerbundsgebantens wie Lord Robert Cecil machten der Welt klar, welch frievolles Spiel Frankreich im Saargebiet mit dem Ansehen der Genfer Institution treibt. England ging sogar noch einen Schritt weiter und beantragte, ebenfalls durch Lord Cecil, beim Völkerbundsrat eine Untersuchung. Schon die Unterhausdebatte hatte die wohlthätige Folge, daß die Notverordnung eine gewisse Milderung erfuhr. In Genf selber ist England freilich doch wiederum zurückgewichen und hat sich mit ziemlich allgemein gehaltenen Mahnungen im Schlußprotokoll des Völkerbundsrates begnügt. Die Saarbordnung wurde nicht gehört, obwohl sie in Genf anwesend war. Auch im März 1924 haben Parmoor und Branting vergeblich eine Anhörung der Bevölkerung verlangt. Erst die geplante Neubefetzung der Regierungskommission im Jahre 1926 wird zeigen, ob es dem Völkerbund mit Selbstkritik und Willen zur Besserung Ernst ist. Angesichts des gegenwärtigen Kurses der englischen Politik, wie er sich im Verzicht auf die Räumung der Kölner Besatzungszone ausdrückt, wird man kaum zu weitgehenden Hoffnungen berechtigt sein.

Je sichtlich alle Hilfe des Auslandes ver-

sagt, desto mehr verlagert sich die Entscheidung in den zähen Willen und in die nationale Zuversicht der Saarbevölkerung selber. Und innerhalb des Saardeutschtums wiederum liegt, da es sich um eine Massenentscheidung im Jahre 1935 handelt, das Schwergewicht der Verantwortung bei den Massenparteien des Zentrums und der Sozialdemokratie. Mit sichtlich nervosität sieht Frankreich den Tag der Wahlschlacht näherrücken. Die Winkeltzüge seiner Politik sind ein Zeichen innerer Schwäche. Da es keine moralischen Werte einzusetzen hat, arbeitet es mit den mechanischen Druckmitteln einer rein wirtschaftlich-materiellen Machstellung. Die moralischen Reserven der nationalen Ueberlieferung und des guten Rechts sind auf deutscher Seite. Die Abstimmung wird die Möglichkeit bieten, dieses Recht zur Macht werden zu lassen. Auch das Reich wird — so dürfen wir hoffen — im Jahre 1935 nicht mehr im Zustand der Ohnmacht von 1920 sein, in dem es das Saargebiet der Treuhänderschaft der Völkerbundsverwaltung übergab. Da Frankreich sicherlich versuchen wird, das Ergebnis der Abstimmung politisch-diplomatisch und vielleicht gar militärisch zu seinen Gunsten abzubiegen, verdient dieser Zusammenhang besonders betont zu werden. Die Treueverpflichtung zwischen dem Saargebiet und dem übrigen Reich ist gegenseitig.

Die Quertreibereien, die das Jahr 1935 bringen wird, sind im Friedensdiktat bereits vorgebildet. Die vorgezeichnete Abstimmung nach Distrikten läßt die Befürchtung von Teilungsversuchen nach ober-schlesischem Beispiel auftauchen. Kürzlich ging die nachher abgelegnete Meldung durch die Zeitungen, daß Herriot eine abstimmungslose Annexion von Saarlouis und Umgebung unter Verzicht auf das übrige Saargebiet plane. Die Bevölkerung hat sofort mit Leidenschaft Verwahrung gegen solche Absichten eingelegt. Versuche dieser Art können sich wiederholen. Zudem enthält das Diktat von Versailles sinnlose Widersprüche. So soll der Saarbevölkerung die Rückkehr zum Reich, die Angliederung an Frankreich und die Beibehaltung des gegenwärtigen Regimes zur Wahl gestellt werden. Die letztere Möglichkeit ist an sich unsinnig. Sie läuft auf eine Täuschung der abstimmenden Bevölkerung hinaus, da sie den Verzicht auf die deutsche Souveränität und damit gerade eine durchaus grundlegende Veränderung der Regelung von Versailles zur Folge haben würde. Eine „Vereinigung“ mit Deutschland, die der Vertrag einer „Vereinigung“ mit Frankreich parallel steht, kommt gar nicht in Frage, da das Saargebiet allen Verbundlungsmanövern des Völkerbundes zum Trotz staatsrechtlich gar nicht vom Reich getrennt ist. In Wahrheit wird das Saargebiet zwischen voller Wiederherstellung der deutschen Verwaltungshoheit oder Vollenbung der teilweise und zeitweilig bestehenden Fremdherrschaft in dieser oder jener Form zu wählen haben. Dem Ausschlag einer unbeeinflussten Volksentscheidung können wir mit Zuversicht entgegensehen. Der Völkerbund und Frankreich treiben selbst die beste deutsche Abstimmungspropaganda.

Zum Abbruch des Streiks der Saarbergleute.

Von Karl Dilmert, Frankfurt a. M.

Schneller als vielfach erwartet wurde, ist der am 27. Juli begonnene Streik auf den Saargruben am 3. August wieder beendet worden. Er hat nur eine Woche gedauert. Obwohl sich 99% der Belegschaft an dem Streik beteiligten und eine geradezu muster-gültige Haltung, insbesondere was Einigkeit, Ruhe und Besonnenheit betrifft, bewiesen, wurde der Streik abgebrochen, ohne daß sein Ziel erreicht worden ist. Für den genaueren Beobachter der Verhältnisse ist die Beendigung des Streiks ebenso wie sein Ausbruch überraschend gekommen. Die in Frage kommenden Beschlüsse waren durch die Verhältnisse bedingt und sind, insbesondere vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus betrachtet, voll auf zu rechtfertigen. Ueber die Berechtigung und Unvermeidbarkeit des Streiks wurden bereits in der vorhergehenden Nummer unseres „Saarfreundes“ nähere Ausführungen gemacht, so daß hierauf nicht mehr eingegangen zu werden braucht.

Heute gilt es den Abbruch des Streiks und seine Be-gleitererscheinungen zu würdigen. Da ist zunächst fest-zustellen, daß der Beschluß der Gewerkschaften, den Streik auf-zugeben, in ebenso einmütiger Weise befolgt worden ist, wie die Lösung, in den Streik zu treten. Damit haben die Saarberg-leute eine Disziplin gezeigt, wie sie im gewerkschaftlichen Leben längst nicht immer vorzufinden ist. Die Einmütigkeit beweist nicht nur, daß die Saarbergleute das größte Vertrauen zu ihren Führern haben, sondern, daß sie auch in der Lage sind, die Möglichkeiten und Hindernisse für die Führung eines solchen Streiks richtig zu überschauen und den Mut haben, die sich daraus

ergebenden Schlußfolgerungen auch dann zu ziehen, wenn diese recht unangenehm sind.

Der Bergarbeiterstreik an der Saar wurde in aller Ruhe mit voller Ueberlegung beendet, ohne daß sein Abbruch als eine Niederlage der Streitenden bezeichnet werden kann. Nie war der Weltmarkt derartig mit Kohlen überschwemmt wie jetzt. Alle kohlenfördernden Länder leiden unter den denkbar größten Absatz-schwierigkeiten. Seit Wochen waren im Saargebiet immer größere Kohlenorräte aufgespeichert worden. Hinzu kam, daß die Regierungskommission sofort nach Ausbruch des Streiks die völlig freie Einfuhr von Kohlen in das Saargebiet gestattete. Der Streik hätte daher sehr wahrscheinlich, wenn er überhaupt zu einem größeren Erfolg geführt werden konnte, monatelang dauern müssen; denn sowohl die französische Bergverwaltung wie die fran-zösische Regierung waren sich ihrer günstigen Lage wohl bewußt und lehnten insolgedessen trotz der Notlage der Saarbergleute ein als genügend zu bezeichnendes Entgegenkommen rundweg ab. Sie blieben im großen und ganzen bei der schon in Aussicht gestellten 5 prozentigen Lohnerhöhung. Hinzu kam, daß die ohnehin schwer leidende Saarwirtschaft durch einen monatelangen Bergarbeiter-streik vollends zusammengebrochen und dadurch das Elend für die gesamte Bevölkerung an der Saar ins Unermeßliche ge-stiegen wäre.

Eine große Enttäuschung erlebten die Saarbergleute auch durch die Haltung der französischen Gewerk-schaften. Wenn auch die Führer der Saarbergleute mit einer

unmittelbaren Unterstützung durch die französischen Bergarbeiter wohl kaum gerechnet haben, so konnten sie doch den bereits vorliegenden und unabhängig von der Bewegung an der Saar gefassten Beschlüssen der französischen Gewerkschaften Ende Juli die Arbeit niederzulegen, als einen für den Streik auf den Saargruben günstigen Umstand betrachten. Daß die französischen Gewerkschaften ihren Streikbeschlüssen sofort folgen ließen, nachdem die Saarbergleute in den Streik getreten waren, gab sehr zu denken und ist zum mindesten recht eigenartig, zumal wenn man bedenkt, daß die französischen Arbeiter keinerlei Zugeständnisse erhielten, die den Streikverzicht begründet erscheinen lassen.

— All diese Umstände, die von der Streikleitung in ruhiger, sachlicher Weise gewürdigt werden mußten, ließen sie zu der Überzeugung kommen, daß es ihre Pflicht sei, den Streikenden die Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen. Ein solcher Entschluß fällt insbesondere dann nicht leicht, wenn es gilt, so berechnete Forderungen zu vertreten, wie sie die Saarbergleute gestellt hatten und die Einigkeit der Streikenden eine so musterhafte ist. Hierzu gehört Mut und großes Vertrauensbewußtsein. Beides haben die gewerkschaftlichen Führer an der Saar in hervorragendem Maße gezeigt. In klarer und unzweideutiger Weise schilderten sie auf den Revierkonferenzen die Lage. Und obwohl die Führer nicht umhin konnten, das Ergebnis der Verhandlungen selber als unbefriedigend zu bezeichnen, rieten sie nach gewissenhafter Prüfung aller Umstände doch mit allem Nachdruck zur Wiederaufnahme der Arbeit. Die Feyer, radikale und unlautere Elemente, denen eine ruhige, besonnene Haltung der Arbeiterchaft nicht paßt, finden bei solchen Anlässen leicht größeren Anhang. Auch jetzt hatten es besonders die Führer des alten Bergarbeiterverbandes nicht leicht. Starke kommunistisch beeinflusste Strömungen versuchten sie an die Wand zu drücken. Erfolgreichsweise ist dies nicht gelungen. Und so konnten beide Bergarbeiterverbände gemeinsam die Lösung für die Wiederaufnahme der Arbeit ausgeben.

In ihrem an die Belegschaften aller Saargruben gerichteten Aufruf werden die Gründe für den Arbeitsaufnahmebeschlus dargestellt und wird gefordert, daß die Gesamtbelegschaft ebenso einmütig wie sie dem Streikbeschlus Folge leistete, auch die Arbeit wieder aufnehme. Bei der ausgezeichneten gewerkschaftlichen Schulung der Mitglieder des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter und bei dem großen Vertrauen, das ihre Führer — trotz aller Hege der Franzosenfreunde gegen sie — genießen, war, zumal der Beschlus, die Arbeit wieder aufzunehmen auf der großen Revierkonferenz fast einstimmig gefast wurde (von rund 600 Vertretern stimmten nur 6 gegen diesen Beschlus), sicher damit zu rechnen, daß er befolgt werde. Aber auch die Anders- und Nichtorganisierten nahmen die Arbeit am 3. August restlos wieder auf, so daß die Einmütigkeit

und die gemeinsame Front gewahrt worden ist, sehr zum Leidwesen der Putzschisten, Kommunisten, Franzosen und Französlinge. Durch die Einmütigkeit ist auch ihre letzte Hoffnung, durch die Streikbewegung ein Auseinandermanövrieren der Gewerkschaften an der Saar und eine Lockerung des Verhältnisses zwischen den deutschen Zentralgewerkschaften und ihren Bezirken im Saargebiet zu erreichen, zunichte geworden. Einiger wie sie stehen Führer und Saarbergleute, Zentralverbände und Saarbezirke zusammen. Diese Einigkeit erreicht bzw. erhalten zu haben, ist ein großes Verdienst der besonnenen Saarbergleute und ihrer Führer. Durch die rechtzeitige Wiederaufnahme der Arbeit haben sie sich auch die Freiheit des Handelns für die Zukunft gesichert. Mit Recht heißt es in dem Aufruf der Gewerkschaften, der die Wiederaufnahme der Arbeit verlangt: „Einig, geschlossen und unbefleckt stehen die organisierten Arbeiter der Saargruben da. So muß es bleiben immerdar, damit weitere Erfolge errungen werden können. Nur Einigkeit macht stark und sichert den Erfolg!“

Ja, wenn irgendwo, dann gilt es im Saargebiet die Schlagkraft der Gewerkschaften zu erhalten. Das haben Führer und Mitglieder richtig erkannt. Nicht zuletzt wird es diese Erkenntnis gewesen sein, die mit dazu beigetragen hat, den Kampf, der im Augenblick nicht zu gewinnen war, zur rechten Zeit abzubrechen. Man hat sich dadurch auch vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus nicht nur nichts vergeben, sondern gezeigt, daß man Mut und Verantwortungsbewußtsein besitzt und insbesondere auch Blick hat für die besonderen Zusammenhänge von Wirtschaft und Politik an der Saar.

Nach alledem darf man wohl sagen, daß auch dieser Streik nicht vergeblich geführt worden ist. Er hat nicht nur erneut alle Welt auf die Mißstände auf den Saargruben aufmerksam gemacht, sondern auch in einer Deutlichkeit wie nie vorher gezeigt, daß wir es bei den Saarbergleuten mit einer Arbeiterchaft zu tun haben, die verstehen gelernt hat, mit den Tatsachen zu rechnen, die sich des Wertes der Erhaltung ihrer Gewerkschaften voll bewußt ist und auf die sich die Gewerkschaftsleitungen unbedingt verlassen können. Die Führer aber haben das ihnen in so großem Umfange nicht nur von der Arbeiterchaft, sondern von allen Volksschichten geschenkte Vertrauen zu würdigen gewußt. Wenn der Bewegung auch der sicherlich berechnete materielle Erfolg größtenteils verjagt geblieben ist, so waren Beginn, Verlauf und Abbruch des Streiks doch so, daß Führer und Streikende sich ihrer wahrlich nicht zu schämen brauchen, vielmehr mit Stolz und Genugtuung darauf zurückblicken dürfen. Sie haben eine in vieler Hinsicht so außerordentlich schwere Belastungsprobe so glänzend bestanden, daß sie bei ihren Freunden große Bewunderung fanden und sich selbst bei ihren Gegnern nicht wenig Achtung verschafften.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns über die Sozialversicherung im Saargebiet.

In der Sitzung des Reichstages vom 25. Juli nahm Reichsarbeitsminister Dr. Brauns zu einer Petition betreffend Sozialversicherung im Saargebiet das Wort, um folgendes auszuführen:

Die Sozialversicherung im Saargebiet wurzelt in demselben Rechte wie die Reichsversicherung, nämlich in der Reichsversicherungsordnung und in dem Angestelltenversicherungsgesetz. Während nun das Reich nach der Befestigung seiner Währung sein Versicherungswesen sofort neu belebt und ausgebaut hat, blieb die Saarversicherung in der Entwicklung zurück. Trotz der Gleichartigkeit im Rechte ist die Versicherung der Arbeiter, Bergleute und Angestellten an der Saar tatsächlich nicht mehr der deutschen gleichwertig. Zum Beweise dafür nur einige Beispiele! Ein Betriebsbeamter, der im Saargebiet 2400 Reichsmark im Jahre verdient und dort bei einem Unfall seine ganze Erwerbsfähigkeit einbüßt, erhält nach dem Recht im Saargebiet die jährliche Vollrente von rund 854 Mark. Die Reichsversicherung würde ihm eine Vollrente von 1600 Mark im Jahr bewilligen. Im Saargebiet liegt die sogenannte Drittelingsgrenze bei einem Jahresarbeitsverdienst von 720 Mark; bei uns im Reich lag sie zuletzt bei 1800 Mark und ist jetzt überhaupt beseitigt. Für die Entschädigung aus alten Unfällen werden im Saargebiet durchschnittliche Jahresarbeitsverdienste zugrunde gelegt, und zwar der Jahresarbeitsverdienst von 540 Mark für die Schwerverletzten, von 300 Mark für minder Schwerverletzte und von 200 Mark für die Leichtverletzten. Im Saargebiet bestand daher die Vollrente aus einem alten Unfall nur 670 Mark im Monat. Die Reichsversicherung gewährt bei einem Jahresarbeitsverdienst von 1200 Reichsmark die Vollrente von 66% Mark im Monat, und dazu sind noch die alten Renten entsprechend den neuen Verdiensten aufgewertet. Nach dem Gesetz, das der Reichstag am 16. Juli zum Ausbau der

Invalidenversicherung beschlossen hat, erhält ab 1. August 1925 der Industriearbeiter eine durchschnittliche Invalidenrente von rund 30 Mark im Monat. Im Saargebiet beträgt die Rente des Industriearbeiters bei 1000 Beitragswochen 13 bis 14 Mark im Monat. Die Renten der Angestellten werden im Saargebiet noch nach dem alten Angestelltenversicherungsgesetz bemessen. Der Angestellte, der berufs unfähig wird, erhält in Franken so viel, wie ihm das alte Angestelltenversicherungsgesetz in Goldmark in Aussicht gestellt hat, das heißt, im Saargebiet sind die Renten der Angestelltenversicherung auf den fünften Teil ihres ursprünglichen Wertes gesunken. Das Ruhegehalt beträgt dort im Monat 8 bis 9 Mark. Nach dem Gesetz, das der Reichstag am 16. Juli zum Ausbau der Angestelltenversicherung beschlossen hat, beträgt das Ruhegehalt im übrigen Deutschland schon jetzt 50 bis 60 Mark im Monat.

Noch ein Beispiel aus der Knappschaftsversicherung! In der Knappschaftsversicherung an der Saar sind die Pensionen auf die Hälfte des Friedenssatzes zurückgegangen und stellen einen noch geringeren Bruchteil der Leistungen nach dem Reichsknappschaftsgesetz von heute dar. Zur rechten Würdigung dieser Unterschiede vergegenwärtigt man sich dann noch die Tatsache: während der Franken noch den vierten Teil seines Wertes behauptete, war die deutsche Mark im Herbst 1923 bekanntlich auf den billionsten Teil ihres ursprünglichen Wertes gesunken. Vernichtet war zugleich aber auch das gesamte Versicherungsvermögen unserer deutschen Versicherung. Wenn nun nach ihrem fast völligen Untergang nach der Inflation die Reichsversicherung heute wieder leistungsfähig und gefestigt dasteht, so verdanken wir das zwei Umständen: einmal den opferwilligen Beitragsleistungen beider Teile, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, dann aber

auch der sachverständigen Leitung und Ausführung des Wiederaufbaus unserer Versicherung.

Den gegenwärtigen Stand der sozialen Renten im Saargebiet hat nun die Reichsregierung nicht zu vertreten. Wir haben für

die Not der Sozialrentner an der Saar

volles Verständnis und wärmstes Mitgefühl. Der Reichshilfe sind hier aber durch die tatsächlichen Verhältnisse enge Grenzen gezogen. Durch den Vertrag von Versailles ist Deutschland von der Regierung im Saargebiet bekanntlich zurzeit ausgeschlossen. Die Regierungsbefugnisse werden dort im Auftrag des Völkerbundes von der Regierungskommission ausgeübt. Für die Sozialversicherung im Saargebiet beruft sich diese Kommission auf ihre gesetzgebende Gewalt und auf die Befugnis, im Saargebiet Behörden und Einrichtungen nach ihrem Ermessen zu schaffen. Da sie das Recht, das Saarstatut auszulegen, ausschließlich für sich in Anspruch nimmt, vermag sie auch ihren Willen durchzusetzen.

Ungeachtet aller Gegenvorstellungen hat die Regierungskommission die Versicherungseinheit mit dem Mutterlande der Sozialversicherung aufgehoben und nun für das Saargebiet besondere Versicherungsträger eingerichtet. Diese Trennung entsprach nicht dem Geist des Saarstatuts, sie war aber auch, versicherungstechnisch gesehen, ein gewaltiger Fehler. Ein Industriegebiet von so geringem Umfange und mit so ungünstigen Risikoverhältnissen wie das Saargebiet kann eine selbständige leistungsfähige Versicherung nicht tragen. Wäre das Saargebiet in Versicherungseinheit mit dem Mutterlande geblieben, so würde ihm auch der Wiederaufbau der Reichsversicherung zustatten gekommen sein. Wenn die Reichsversicherung nur gerettet werden konnte durch umfassende Solidarität der Arbeiter und Unternehmer und durch Ausdehnung der Gemeinlast, insbesondere in der Rentenversicherung, so kann auch die Saarversicherung nur durch Rückkehr zur Versiche-

rungseinheit mit dem deutschen Mutterlande wieder vollständig leistungsfähig gestaltet werden.

Als verhängnisvoll für die Rentenempfänger erweist sich jetzt auch die Einführung der Frankenwährung im Saargebiet. Der Währungsunterschied erschwert zugleich die Begründung einer Gefahrengemeinschaft auf dem Gebiete der Sozialversicherung zwischen Saargebiet und uns.

Bei dieser Sachlage ist klar und unbestreitbar, daß nicht die Reichsregierung, sondern allein die Regierungskommission des Saargebiets für den gegenwärtigen Zustand in der Sozialversicherung des Saargebiets die Verantwortung trägt. (Sehr richtig!) Die heutige Unterversicherung im Saargebiet beruht nicht auf dem Mangel versicherungstechnischer Reserven. Auch die Reichsversicherung hatte ihre ganzen Reserven eingebüßt. Der Tiefstand der Renten an der Saar ist in der Hauptsache die notwendige Folge der von der Regierungskommission getroffenen versicherungstechnischen und währungspolitischen Maßnahmen.

Was soll nun geschehen? Eine unmittelbare Einwirkung auf die Saarversicherung hatte die Reichsregierung bisher nicht. Die vom Sozialpolitischen Ausschuss beantragte Entschließung und der ihr zugrunde liegende Sachverhalt gibt aber der Reichsregierung einen neuen Anlaß, mit der Regierungskommission an der Saar wegen des Rückgangs der Sozialversicherung in Verbindung zu treten und sich um eine bessere Versorgung der Rentenberechtigten zu bemühen. Die Reichsregierung steht auch jetzt noch auf dem Standpunkt, daß den Bedürfnissen der versicherten Bevölkerung an der Saar am besten gedient sein würde, wenn die Versicherten an der Gemeinschaft der wiedererstarbten Reichsversicherung teilnehmen könnten. (Sehr richtig!) Wenn die Regierungskommission unter Würdigung der praktischen Bedürfnisse und der tatsächlichen Verhältnisse gewillt sein sollte, zur Linderung der drückenden Not der Sozialrentner eine engere Verbindung mit der wieder leistungsfähig gewordenen gesamten deutschen Sozialversicherung wieder einzugehen, ist die Reichsregierung dazu jederzeit bereit. (Beifall.)

Eine Neuauflage der Kennel-Affäre.

„Ehren“-Schöttler sollte entführt werden!

Das Saargebiet wartet noch bis heutigen Tags darauf, daß die Saarregierung sich zu den Veröffentlichungen des einst in ihren Diensten gestandenen Spitzels Kennel über das Spitzelwesen der Saarregierung äußert, oder daß sie gegen Kennel wegen verleumderischer Beleidigung oder Veröffentlichung unwahrer Behauptungen vorgeht. Die Saarregierung, die nicht nur die saardeutsche sondern auch die reichsdeutsche Presse sehr eingehend daraufhin durchsieht, wo etwa das „Ansehen der hohen Regierungskommission“ oder ihres noch höheren französischen Schutzherrn irgendwie angetastet wird — Erscheinungsverbote beweisen den Erfolg solchen Tuns — hat offenbar bis heute von den Veröffentlichungen ihres einstigen Spitzels nichts in den Spalten der Zeitungen entdeckt! Sie hat noch nichts davon erfahren, daß ihr der ungeheuerliche Vorwurf gemacht wurde, sie habe durch ihre Oberste Polizeiverwaltung und deren Spitzelorganisation Material anfertigen lassen, das sie dann bei bestimmten Personen „finden“ ließ und das sie dann dazu verwandte, um die Saargebietsbevölkerung hochverräterischer Tendenzen zu beschuldigen. Die Vorwürfe, die der Saarregierung durch die Veröffentlichungen des Spitzels Kennel gemacht worden sind, sind so ungeheuerlich, daß sie, wäre nur ein geringer Prozentsatz davon unrichtig, der Regierungskommission zweifellos Veranlassung gegeben hätte, nicht nur gegen Kennel sondern auch gegen die Verbreiter seiner Veröffentlichungen mit Polizei, Staatsanwaltschaft und Obersten Gerichtshof vorzugehen. Es ist nichts derartiges erfolgt, die Veröffentlichungen Kennels blieben somit als in ihrem vollen Inhalt wahrheitsgemäß bestehen und die Regierungskommission gibt durch ihr Schweigen bekannt, daß sie sich nicht gegen den Vorwurf, Dokumentfälschungen bestellt und mit diesen den Völkerbund betrogen zu haben, rechtfertigen kann.

Da aber auch der Völkerbund, obwohl ihm das ungeheuerliche Vorgehen der von ihm eingesetzten Saarregierung bekannt ist, nichts gegen die Saarregierung unternommen hat, so glaubten die in Frage kommenden Faktoren, daß es an der Zeit wäre, dieses schändliche Experiment noch einmal zu wiederholen. Auch diesmal war Grundtendenz des Unternehmens, dem Völkerbund durch entsprechende „Vorgänge“ klarzumachen, daß die Saargebietsbevölkerung eine ganz gefährliche Rasselbande ist und daß „rechtsradikale gewalttätige Elemente“ wie Wölfe aus der Saar-Erde schießen. Diesmal hatten es diese Elemente auf den

„biederer und ehrenhaften“ Hausknecht des „Neuen Saarluriers“ abgesehen, der, wie das Blatt in sensationeller Aufmachung der erstanten Welt mitteilte, durch eine Bande rechtsradikaler Elemente in seiner Wohnung überfallen, gefesselt in einem Auto auf geheimen Schleifwegen über den Rhein nach München gebracht, und dort vor ein Femgericht gestellt werden sollte. Die Haare sträubten sich einem, wenn man liest, was diesem Unschuldslamm Schöttler alles zugeadelt gewesen sein soll.

Qualen, Leiden und Angst dieses bedauernswerten Hausknechtes am von Major Richter als französisches Propagandablatt ins Leben gerufenen „Neuen Saarlurier“ müssen unaussprechlich gewesen sein, wenn man bedenkt, daß dieser bedauernswerte Mensch schon vorher — wohlgemerkt schon vorher — genau wußte, was man mit ihm vorhatte. Aber die von ihm so stark mißachtete saarländische Polizei — denn Schöttler ist immer für das Verbleiben der französischen Besatzung eingetreten — bewachte ihn vor einem furchtbaren Geschehnis. Eines Samstags abends, am 8. d. Mts. rückte gegen die abseits gelegene Wohnung des bedauernswerten Opfers die „Verbrecherbande“ an, geführt von dem ehemaligen Polizeiwachmeister Steigler, um einen Auftrag auszuführen, der nach den Mitteilungen im „Saarlurier“ von einem Hauptmann Desterreich von Alt-Oberland in München ausgearbeitet sein soll. In Begleitung Steigners befand sich ein gewisser Zimmer aus Ottweiler, sowie ein 24- und 19-jähriger Monteur und ein 16-jähriger Schüler des Reform-Realgymnasiums. Schöttler fragte die Leute, als sie in seiner Wohnung erschienen, nach ihrem Begehrt. Als der 16-jährige Schüler Miene machte, hinter Schöttler zu treten, seien Kriminalbeamte, die Schöttler vorher auf seine Veranlassung sich in seiner Wohnung versteckt hatten, hervorgetreten und hätten die Besucher verhaftet. Bei jedem seien eine Eierhandgranate, ferner bei einem zwei Bomben, ein feststehendes Messer, Totschläger usw. gefunden worden. Hausdurchsuchungen, die in den Wohnungen der Verhafteten vorgenommen wurden, sollen dann noch eine Menge von Waffen und Munition zutage gefördert haben, darunter Sprengpatronen, Zündschnüre, zwei Gewehre, Zündkapseln für Handgranaten, Fernzunder usw. Die Munition stammte aus einem Steinbruch aus Ottweiler, wo sie durch einen Einbruch gestohlen wurde.

Woher hatte Schöttler Kenntnis von dem Vorhanden der Attentatskolonne Steigners? Denn schon am Freitag vorher hatte sich Schöttler mit der Polizeiverwaltung telefonisch und mit dem Polizeidirektor persönlich in Verbindung gesetzt, um ihm die Einzelheiten des geplanten Attentats mitzuteilen. Der Schleier wird durch die „Saarbrücker Zeitung“ gelüftet, die mitteilte, daß

Steigner, der Anführer des angeblichen Attentats, selbst derjenige war, der Schöttler von dem Plan in Kenntnis setzte und für seine Mitteilungen von Schöttler 3000 Franken erhielt. Wie war es doch im Falle Kennel? Erst beschaffte man alle möglichen „Beweisstücke“ in Form von „Dokumenten“, „Legitimationspapieren“, „Waffen“, „Abzeichen“ usw. Diese ließ man von der Polizei bei Herrn Kennel und andern Eingeweihten „finden“, um sie dann als corpus delicti auf den Tisch des Völkerbundhauses zu legen. Kein Zweifel mehr bestand, daß die Saar-gebietsbevölkerung eine üble Rasselbande ist. Und hier im Falle Schöttler? Steigner tritt mit einigen unreifen Bütschen in Verbindung, um sie zu unbewußten Handlungen zu veranlassen. In der heutigen Zeit, wo die Jugend durch die eigenartigen politischen Verhältnisse schnell zum Handeln und selbst zu tollkühnen Abenteuern verleitet werden kann, ist es nicht verwunderlich, daß auch im Saargebiet solche jugendlichen Personen den französischen Spitzeln auf den Leim gingen. Steigner selbst verschaffte sich durch Einbruch in den Steinbruch Munition und Waffen, verteilte diese an die einzelnen Betörten und ließ dann zu Schöttler, um diesem den ganzen Plan mitzuteilen!

Man findet keinen Unterschied zwischen dieser Affäre Steigner und der schandbaren Spitzelaffäre Kennel. Mag Schöttler und seine Gesinnungsfreunde noch so entrüstet über Mord- und Attentatsaffären rechtsrheinischer Rechtsradikaler toben, kein Mensch glaubt ihm die Ernsthaftigkeit des Attentatsplanes; aber jeder ruhig Urteilende fragt sich, in welcher Beziehung Steigner zu Schöttler stand und inwieweit Schöttler selbst an den ganzen Attentatsvorbereitungen beteiligt ist. Schade nur, daß die Saarbrücker Polizei nicht die gleiche Ellenbogenfreiheit hat wie rechtsrheinisch, damit die ganze Schauer Geschichte aufgeklärt und gesühnt werden kann, gesühnt auch gegenüber den Personen, denen die geistige Vaterchaft hierfür zukommt. Es ist jedenfalls außerordentlich bezeichnend, daß Schöttler sich besonders aufgeregt und getroffen fühlt, weil die „Frankfurter Zeitung“ den „Neuen Saar-Kurier“ ein französisches Propagandaorgan genannt hat. Schöttler bezeichnet diese Behauptung als „Verleumdung“ und bedauert, daß er wegen der räumlichen Entfernung leider nicht in der Lage sei, der Frankfurter Redaktion mit der Reipetische die entsprechende Antwort zu geben. Nun wir meinen, von diesem Vorhaben hält diesen ehrenwerten Schöttler weniger die räumliche Entfernung, sondern der Haftbefehl der Düsseldorfer Polizei wegen Landesverrats ab und im übrigen: ist Schöttler wirklich so tapfer, daß er es wagen würde, sich mit der Reipetische Genugtuung zu verschaffen?

Und weshalb wendet er sich eigentlich so außerordentlich heftig gegen die Behauptung, der „Neue Saar-Kurier“ sei ein französisches Propagandaorgan? Wir sind allerdings verwundert, vom Saar-Kurier zu vernehmen, das Schöttler „Verleger“ des „Neuen Saar-Kuriers“ sei. Da erscheint doch wohl die Frage berechtigt, woher hat Schöttler die Gelder, die ihm gestattet hätten, den „Neuen Saar-Kurier“ zu laufen? Im übrigen dürften dem Schöttler Gründungsgeschichte, Gründer und Gründungszweck des „Neuen Saar-Kuriers“ bekannt sein. Es dürfte ihm auch nicht schwer fallen, festzustellen, aus welchem Grunde Herr Köhlin bzw. sein

Stellvertreter oder Sekretär die Lohngelder für Arbeiter und Angestellte des „Neuen Saar-Kuriers“ zur Verfügung stellte, wenn am Lohntag die erforderlichen Gelder in der Kasse des „Neuen Saar-Kuriers“ nicht vorhanden waren. Es wird ihm auch nicht unbekannt sein, daß dieser Zustand sich nicht vereinzelt, sondern ziemlich alle acht Tage zutrug. Welches Interesse hatte Herr Köhlin, der unbestrittenemassen die Propagandagelder für die französische Propaganda im Saargebiet verwaltet — noch verwaltet, Hausknecht Schöttler! — dem „Neuen Saar-Kurier“ die Lohngelder vorzustrecken?

Was die Attentatsplanaffäre angeht, so sei noch wieder gegeben, was die „Saarbrücker Zeitung“ darüber berichtet. Danach hatte der „Neue Saar-Kurier“ unter anderem noch berichtet, daß ein gewisser Willi Dansauer und ein Fritz Leggewie, beides jugendliche Personen, verhaftet worden seien, da sie mit dem Mordplan in Verbindung stünden. Von den beiden Genannten stellte sich Willi Dansauer auf Grund der Mitteilung des „Saar-Kuriers“ auf der Redaktion der „Saarbrücker Zeitung“ persönlich vor, um ihr zu beweisen, daß man ihn nicht als Schwerverbrecher ins Gefängnis gesteckt, sondern nach einem kurzen Verhör auf freien Fuß gesetzt hatte. Dasselbe ist der Fall mit dem zweitgenannten Fritz Leggewie. Die „Saarbrücker Zeitung“ weist im übrigen darauf hin, daß die Mitteilungen des „Saar-Kuriers“, die sonst außerordentlich ausführlich waren, merkwürdigerweise in einem Punkte eine auffallende Lücke aufweisen. Das Organ für Westpropaganda verschwiege nämlich die eine wesentliche Tatsache, daß der als Haupttätigste verhaftete Polizeiwachmeister Steigner dem sogenannten Chefredakteur Schöttler selbst die Mitteilungen von dem geplanten Attentat machte und sich für diese Mitteilung 3000 Franken bezahlen ließ.

Diese Schweigsamkeit muß doch irgendeinen Grund haben, und ihn zu finden ist wahrscheinlich nicht schwer.

Die ganze Art und Weise, in der diese ganze Angelegenheit, — für die ein vernünftiger Mensch im Saargebiet wirklich kein Verständnis hat, und die, wenn sie wirklich ernsthaft inszeniert worden sein soll, von der ganzen Saargebietsbevölkerung aufs entschiedenste mißbilligt wird, — vom „Saar-Kurier“ und seinen Gesinnungsfreunden aufgezogen und breitgetreten wird, beweist hinlänglich, daß bestimmte Leute im Saargebiet wieder eine „Affäre“ brauchen, um dem Völkerbundsrat zu „beweisen“, daß es unmöglich ist, die französische Besatzung aus dem Saargebiet herauszuziehen. Wir wundern uns nur über das eine, daß diese Herrschaften nicht auch schon versteckte Kanonen, Panzerwagen und Flugzeuge ausfindig gemacht haben, durch die das ganze Völkerbundsland an der Saar in einen Trümmerhaufen verwandelt werden sollte. Vielleicht ist man aber auch der Meinung, daß der Völkerbundsrat sich schon von der „Gefährlichkeit“ der Saargebietsbevölkerung überzeugen läßt, wenn man ihm 3½ jugendliche Heißsporne und Hitzköpfe mit einigen alten Sprengkapseln serviert. Jene Kreise, die mit gefälschten Dokumenten und gestellten Attentaten arbeiten zu können glauben, wissen offenbar, daß man mit dem Völkerbund alles machen kann, wenn man den großen westlichen „Friedens- und Rechtsstaat“ zum guten Freunde hat.

Aus dem Reiche Kaults.

Wie die Saarbevölkerung von dem französischen Militär „geschützt“ wird.

Die „Saarzeitung“, das Zentrumsorgan des Kreises Saarlouis, berichtet von einem neuen Uebergriß der vertragswidrig im Saargebiet anwesenden französischen Truppen. Ein junger Mann aus Saarlouis, der sich in Begleitung mehrerer Freunde befand, wurde abends ohne jede Veranlassung von französischen Sergeanten angerempelt. Als er sich diese Behandlung verbat, brachte ihm einer der Sergeanten ohne weiteres mit dem Degen einen Stich ins Bein bei. Der Säbelheld verfolgte darauf die jungen Leute bis zum Nachtkloster der Polizei, von wo er nur mit Mühe von einem Polizisten ferngehalten werden konnte. Als der junge Mann später seinen Heimweg allein antrat, wurde er von den Gendarmen, die ihm aufgelauret hatten, beschossen, zum Glück aber nicht getroffen. Beim Erscheinen der Polizei wurde die Flucht der französischen Soldaten über die Saarbrücke beobachtet. Dieser Vorfall beleuchtet blühlichartig die eigenartige Rolle, die die französischen Truppen hier „zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung“ spielen. Die Bevölkerung ist diesen Uebergrißen, die sich in letzter Zeit auffällig gemehrt haben, schuklos preisgegeben, da infolge der Sonderstellung des französischen Militärs die saarländischen Sicherheitsorgane praktisch nicht in der Lage sind, einzuschreiten. Die Polizei kann höchstens eine Anzeige an die Formation des als Täter

ermittelten französischen Heeresangehörigen einreichen — wenn das Unglück passiert ist.

★

Wie die Regierungskommission ihre Treuhänderschaft auffaßt.

Wie die Regierungskommission ihre Fürsorge für das Wohl der ihr zu treuen Händen anvertrauten Bevölkerung auffaßt, das beweist ein Fall, der vom Zentrum im Landesrat zur Sprache gebracht wurde. Der älteste Sohn einer Familie mit neun Kindern aus dem Saardorfe Verus wurde, obwohl er noch minderjährig war, in die Fremdenlegion gelockt. Um den Mangel der Minderjährigkeit zu beseitigen, wurde sein Alter um zwei Jahre vorbatiert. Inzwischen ist der Vater im Bergbau schwer verunglückt, so daß die Familie darbt, während der älteste Sohn, der seiner Familie Hilfe bringen könnte in der Fremdenlegion steht. Die Regierungskommission wurde mehrfach um Hilfe angerufen, aber sie versagt glatt; — denn Frankreich braucht Soldaten.

Die Parteien des Saargebietes sind schon seit Jahren bei der Regierungskommission vorstellig, um wenigstens die minderjährigen Fremdenlegionäre des Saargebietes zu befreien. Bis heute ist von diesen noch keiner zurückgekehrt.

Ebenso bezeichnend für die „Treuhändertätigkeit“ der Regierungskommission ist der skandalöse Vorgang, der sich kürzlich in

dem Saardorfe Gidingen abspielte. Dort wurde das Haus eines Bewohners des Saargebietes einen ganzen Tag lang mit Zustimmung der Regierungskommission von französischen Gendarmen belagert und zum Schluß „erstürmt“, um einen jungen Mann mit Gewalt zu den französischen Truppen zurückzubringen. Obwohl von der Zentrumsparlei des Saargebietes bei der Regierungskommission zum Schutze des verfolgten Saargebieters sofort Schritte unternommen wurden, griff die Regierungskommission nicht ein. Es triumphtierte vielmehr die militärische Gewalt, deren Anwesenheit im Saargebiet eine offensündige Verletzung des Versailler Vertrages darstellt.

Wie lange noch kann der Völkerbund diese Prestigeschläge vertragen, ohne einzuschreiten?

*

Strafverfügungen wegen Flaggens in Schwarz-weiß-rot.

Der Vorstand der Deutschsaarländischen Volkspartei (vereinigte Liberale und Demokratische Partei) hat sich mit den ergangenen Strafverfügungen wegen Flaggens in den Farben schwarz-weiß-rot befaßt. Er ist auf Grund von Sachverständigeninformationen zu dem Entschluß gekommen, den Mitgliedern der Partei zu empfehlen, gegen die Strafverfügungen den ihnen rechtlich zustehenden Einspruch zu erheben. Es besteht nach Auffassung des Vorstandes kein Zweifel, daß den in Frage kommenden Personen angeichts der vorliegenden Gerichtsurteile das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit fehlen mußte. Der Vorstand rät, in dieser Weise den Einspruch zu begründen, der im übrigen zweckmäßig von jedem in einfacher schriftlicher Form zu vollziehen ist. Die Landesgeschäftsstelle Saarbrücken 1 Saalbau steht außerdem zur Auskunftserteilung gerne zur Verfügung.

Ferner hat der Vorstand beschlossen, zur weiteren Verfolgung der Angelegenheit bei den in Betracht kommenden Regierungsstellen vorstellig zu werden.

50-Jahr-Feier des Realgymnasiums Neunkirchen.

Wenn eine Schule ihr fünfzigjähriges Bestehen feiert, ist das zunächst eine lokale Angelegenheit, und wer in Neunkirchen selbst mitgefeiert hat, weiß, wie gefeiert worden ist, und wird die schönen Tage sobald nicht vergessen. Aber zugleich hat eine solche Feier doch mehr als rein lokalen Charakter. Was aus dem surrenden Bienenkorb einer Schule ausgeschwärmt ist, das zerstreut sich wohl in alle Winde und kommt nie wieder zusammen. Aber mit einem Zipfeln seines Herzens hängt doch jeder an seine Jugenderinnerungen, an seine alten „Penne“. Das zeigte auch diesmal der fast unerwartet große Zustrom ehemaliger Schüler und Lehrer zur Feier. Unser Neunkirchen liegt ganz am äußersten Rande des Deutschen Reiches — manche wissen leider nicht einmal, daß es immer noch drinnen liegt — es ist heißer Boden in jeder Hinsicht — gerade in den Jubiläumstagen zeigte wieder der Bergarbeiterstreik, wie unsicher hier die Lebensunterlagen sind. Das alles hatte die Gäste nicht abgehalten, selbst aus weiter Ferne noch einmal die alte Heimat aufzusuchen. Aber alle haben sie nicht kommen können, und für die, die zu Hause bleiben mußten, ist dieser kurze Bericht bestimmt.

Es ist leicht, selbst zu feiern; es ist schwer, für andere eine Feier vorzubereiten. Das weiß der Festausschuß ehemaliger Schüler, der die Feier veranstaltet hat, das weiß dessen Leiter, Studienprofessor Dr. Tröskel, der mit rührendem, nie versagendem Eifer immer wieder neue Lasten auf seine Schultern nahm und die Fäden der weitverzweigten Organisation fest in der Hand behielt, das wissen auch die Gäste, die mit dem Eindruck von uns geschieden sind, daß trotz der Schwierigkeiten alles geklappt hat. Und einfach war die Sache nicht. Mußte doch das ganze Fest sich selber tragen, und es ist bis heute noch nicht ganz entschieden, inwieweit das Wohlwollen der Stadtverwaltung über das platonische Stadium hinauszubringen. Man hatte ja so bescheiden sein wollen, hatte nur einen Tag — den 28. Juli — feiern wollen, aber unter der Hand griff das Fest doch um sich; es fing schon am Abend des 27. an, wo ein Begrüßungsabend im Saalbau die alten Schulgenossen wieder zusammenführte. Da wurde nicht viel geredet, aber um so mehr gesprochen und erzählt, und als der Abend vorgeschritten war, da war das Eis gebrochen, und überall fühlten sich die ehemaligen Kameraden, soweit sie das Leben auch auseinandergeführt hatte, wieder als Schulgenossen. Der 28. brachte dann den Hauptfestakt, wieder im Saalbau. Diesmal ging es offizieller her, man feierte die Jubiläarin in allen Tonarten: Der Direktor der Anstalt, Geh. Studienrat Werner, der sie fast 30 Jahre geleitet hat und sie nun verlassen wird, faßte noch einmal in seinem „Schwanengesang“ seine bewährten pädagogischen Grundsätze zusammen und blickte hinaus in das Zukunftsland pädagogischer Ideale, das er selbst nicht mehr be-

treten wird. Bürgermeister Ludwig zeichnete sehr interessant, aber leider nicht im ganzen Saale verständlich, die Entwicklung des Verhältnisses der Schule zur Gemeinde. Direktor Reese-Böcklingen überbrachte die Grüße der anderen höheren Schulen des Saargebietes, Schulrat Steng pries das gute Verhältnis des Realgymnasiums zur Volksschule, und Staatsanwalt Dr. Müller feierte in nachhallenden Worten die Schule als die Trägerin des deutschen Gedankens in unserer Jugend.

Am Nachmittag, im Stummischen Park, trat dann die Schule selbst auf. Die Theatervereinigung (Leiter Dr. Broecker) gab eine glänzende Freilichtaufführung von Dionsards „Odysseus auf Ithaka“, eine Aufführung, die nicht nur Zeugnis ablegte für den künstlerischen Geist, der an der Anstalt gepflegt wird, sondern auch, und das ist fast noch mehr wert, für den Ernst und die Strenge unserer Bildungsarbeit. Trotz des fast unaufhörlich strömenden Regens wurde die Aufführung nicht unterbrochen, ja sie litt kaum spürbar in ihrer Qualität. Eine Wiederholung im Herbst wird hoffentlich den Wettergott gewogener finden. Das geplante Volksfest, das sich schon recht nett angelassen hatte, mußte dann freilich ausfallen. Ersatz bot der glänzend gelungene Bunte Abend, bei dem der Saalbau nicht ausreichte, die Fülle der Gäste zu fassen, und bei dem unsere musikalischen Freunde — die altberühmte, immer noch „Schlemmersche“ Kapelle, der junge Geigenkünstler Herbert Schmidt-Berlin, ein ehemaliger Schüler, Musiklehrer Goos u. a. die beste Gelegenheit fanden, ihr Können zu zeigen. Am Mittwoch bewiesen noch die Wettkämpfe der Turn- und Spielvereinigung auf dem herrlich gelegenen Sportplatz in Homburg, daß die Schule auch die körperliche Erziehung nicht vernachlässigt — und dann war das Fest zu Ende.

Eine bescheidene Feier, ein lokales Ereignis. Und doch mehr. Nicht nur, weil die Feiernden so weit verstreut sind. Daß man sich wieder sah, das mag für manche von ihnen die Hauptsache gewesen sein. Aber wenn Männer so verschiedener Art, wie Staatsanwalt Müller und Kristian Kraus aus Berlin, der am Begrüßungsabend sprach, sich zusammenfanden in dem Bekenntnis ihrer Liebe für die alte Schule, die alte Heimat, so bedeutet das doch etwas mehr. Unsere Schule ist, alles in allem, nicht viel anders als all die anderen Schulen in deutschen Landen, und das ist gerade das Große und Schöne: daß ein Geist alles, was in Deutschland jung gewesen ist und jung ist, zusammenfaßt, und daß dieser Geist seine verbindende Kraft bewahrt hat über alles Trennende, über Krieg und Not hinweg. Deutsche Schule und deutsches Volk gehören zusammen, das soll so sein, und das ist so. Aber es ist nicht mehr so selbstverständlich wie es war. Mit Deutschlands Grenzen sind auch Deutschlands Schulen zusammengedrückt, und das Wort „Auslandsschulen“ hat einen ganz anderen, wehmütigeren Klang als früher. Aber wir hier im Saargebiet sind keine Auslandsschulen, wir feiern unser Jubiläum ohne Bruch, wir haben die einheitliche Schulgeschichte und hoffen, sie auch zu behalten. Deshalb ist nicht so ganz unrichtig, wenn möglichst viele Menschen im Deutschen Reich erfahren, daß hier in Neunkirchen das Realgymnasium sein fünfzigjähriges Jubiläum als deutsche Schule gefeiert hat.

*

Nachklang.

Von Kristian Kraus.

Sowohl, es war ein bescheidenes Fest, wenn wir mit dem Wort Fest die Begriffe Rausch, Trubel, Lärm, Pomp und ähnliche verbinden. Das war es nicht und wollte es sicher auch nicht sein. Es war ein Fest der seelischen Erhebung, wie es immer dort diesen Charakter haben wird, wo Menschen zur Befundung einer Gemeinsamkeit zusammenkommen. Hier, in Neunkirchen, zur Befundung der Heimatliebe und Verehrung für die Stätte, an der wir das erste Rüstzeug für den Kampf ums Dasein, für die Auswirkung unserer Persönlichkeit, für unsere Auseinandersetzungen mit den Prinzipien des Lebens und der Gesellschaft, für unsere Eingliederung in den ungeheuren Rahmen der menschlichen Gesellschaft und besonders unseres deutschen Volkstums empfangen. Es ist gewiß, daß jeder, der nach wenigen oder vielen Jahren oder gar nach Jahrzehnten an diese Stätte zurückkehrte, um ihr zu einem Gedentag zu gratulieren, auch gleichzeitig eine Bilanz seines Lebens gezogen, betrachtet hat, das seine stärkste Entwicklungsquelle in der Schule finden muß. Was war alles seit dem Tage, da uns das Gymnasium entließ, an uns herangetreten! Mit wie vielem hatten wir uns auseinanderzusetzen! Welche Aufgaben, die uns das Leben gestellt hat, haben wir gelöst! Wo verlagten wir? Was können wir als Erfolg buchen? Wie oft schweifste der Blick zurück und fand für so manches im äußeren oder inneren Charakter unseres Daseins Grund, Ursache, Anstoß und Quell in Erlebnissen, die uns die Schule vermittelt hat.

Das waren wohl Gedanken, die jeden bewegten, der nach langer Zeit wieder den Heimatboden Neunkirchen betrat.

* Bgl. Festschrift zur 50-Jahr-Feier des Realgymnasiums Neunkirchen (Saar). Herausgegeben vom Pressausschuß ehemaliger Schüler. Schulchronik von Studienprofessor Dr. A. Tröskel n. 1925. Neunkirchen (Saar). Druck von C. A. Ohle (Inh. P. Lihm burger). Preis 3 M.

Eins aber wird für alle Teilnehmer bei einem solchen Schulfeste das tiefste Erlebnis gewesen sein. Nicht daß wir uns einmal wiedersehen. Aber daß wir uns nach Jahrzehnten wiedersehen, als gereifte, ergraute Männer, die wir uns als halbe Knaben, als frische hoffnungsträchtige Jüngens verlassen hatten. Welchen Reichtum an Erlebnissen gab gerade darin der Begrüßungsabend. Immer wieder hörte man rechts, links von sich, sprach man selbst diese Worte, wurden sie uns gesagt: „Na, du kennst mich wohl nicht mehr...?“ „Nein, aber...“ „Ja, doch, du bist doch der...“ — „Natürlich weißt du noch...“ Und nun zogen die Erinnerungen auf, geweckt durch das Zusammensein mit einem Genossen froher Jugend. „Weißt du noch...“ — „Weißt du noch...“ So ging es den ganzen Abend durch den Saal. Und immer waren es die Schulerlebnisse. Wer all die Geschichten, die an diesen Tagen erzählt wurden, aufgeschrieben hätte, es wäre ein dickleibiger Band lustigen Schülerübermutes, Jugendfrohsinns und heiterer Knabenfreiheit geworden.

Da sah man glücklich nach fast 30 Jahren wieder mit denselben Jüngens zusammen, mit denen man die Schulbank gedrückt hat. Haben sie sich verändert? Man entdeckt plötzlich dasselbe Gesicht und nach einiger Zeit ist es, als wäre man gar nicht auseinandergekommen. Als hätte uns das Leben nicht in seinem Wirbel auseinandergejagt.

Und man entdeckt, daß die Jugend noch genau so ist, wie man selbst einst war. Genau. Genau so voll heißer Hoffnungen und Lebensbegierden. Genau so hochgemut und freiheitsstrunken. Nie gab ein Fest uns tieferen Genuß des Lebens als dies Zusammensein mit den Lehrern unserer Jugend und mit den Genossen unserer Jugend.

15. Saarbrücker Turn- und Spielfest.

(Spichererberg-Turn- und Spielfest.)

Das historische Spichererbergfest hat seine Wiedergeburt erlebt. Aus den Tiefen des Saartales, in denen es in den letzten Jahren gefeiert wurde, war es in diesem Jahre wieder auf die freien Höhen zurückgekehrt, von denen früher so oft in den Augusttagen die flatternden Wimpel und Fahnen ins Land hinaus kündeten, daß hier des Saartals Jugend und Männer mit ihren Freunden aus dem weiten Vaterland in friedlichem Wettkampf ihre Kräfte erprobten. Es war jenen Bergen nähergerückt, deren Namen es trägt und der Gedanke, dem es geweiht ist, erhebt sich in dieser Umgebung wieder lebendiger und unmittelbarer. Er war auch in den vergangenen Jahren nicht vergessen, oder verblaßt, aber heute, auf dem alten Festplatz angelehnt an den roten Berges spricht die Erinnerung vernehmlicher, stärker und bewegender zum Herzen.

Das Spichererbergfest ist das schönste und größte Turn- und Sportfest des Saarbrücker Landes und hat als solches eine außerordentliche Bedeutung, die es nie verlieren wird. Seinen inneren Wert und seelischen Inhalt aber gibt ihm erst seine Eigenschaft als Gedenktag.

Es sind nun schon Generationen, die in den verflochtenen zwanzig Jahren alljährlich in diesem Fest jener großen und schicksalsschweren Tage gedachten, in denen Kriegsbrand und Volksnot vor einem Menschenalter von den steilen Höhen im Westen in unsere friedliche Heimat einzubrechen drohten. Schon unsere Väter versammelten sich hier im Andenken an den glorreichen Sieg, der an diesen Höhen die Gefahren für Heimat und Vaterland bannte. Und wir, ihre Söhne und Töchter, haben als Kinder in schwerer Ehrfurcht an den Gräbern der Helden gestanden, die auf den Schlachtfeldern von Spichern des Reiches Einheit mit ihrem Blute zusammenschweißen halfen. In den Blumengrüben, die wir auf den Gräbern unserer Helden niederlegten, dankten wir allen den deutschen Männern, die unter dem Einfluß ihres Lebens unserem Volke auf Jahrzehnte hinaus Frieden und Glück gesichert hatten.

Wenn wir heute wieder hart an der Westgrenze unseres zerstückelten Vaterlandes von den Festhöhen aus die Gräber im grünen Ehrental sehen, dann blicken wir gleichzeitig im Geiste auch in tiefer Trauer auf den unendlichen Kranz schwarzer Kreuze, der sich rings um unser Vaterland als Krone höchsten Heldentums windet, dann erheben sich die unabsehbaren Gräberfelder vor uns, in die unsere Toten aus dem Weltkrieg gebettet sind.

Wir huldigen in unserem friedlichen Wettkampf dem Heldentum unseres Volkes. Auch dem stillen Heldentum, mit dem es heute um die Wahrung seiner höchsten Güter ringt. Weil wir wissen, daß dieser unterirdische Kampf um Volkstum, Freiheit und Vaterland ein tiefer innerlicher Seelenkampf ist, und daß wir ihn nur bestehen werden, wenn ein gesunder Körper unsere seelische und geistige Spannkraft erhält und fördert, darum begehen wir diesen Gedenktag im Ausblick auf die Zukunft im stählenden Wettstreit unserer Körper.

Das ist der Sinn dieses Gedenktages. Und von ihm wird, wie stets, frei von aller Ueberbäumlichkeit ein starker Strom gefunden Volksbewußtseins und Zusammengehörigkeitsgefühls ausgehen, er wird die geistigen Werte stärken, die wir gerade in den kommenden Jahren bitter nötig haben werden.

Reicher Flaggenschmuck in den Straßen der Stadt kündete schon am Vorabend die Anteilnahme und das Interesse der Bürgerschaft am Spichererbergfest an. Auch die Regierungskommission hatte es sich nicht nehmen lassen, noch im letzten Augenblick ihr Teil zur Propaganda für das Fest beizutragen. Sie verbot die feierliche Einholung der Wanderpreise und den Aufmarsch der Kampfrichter. Die Begründung des Verbotes war klassisch: „Wegen der Streikgefahr und im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung könnten die Umzüge nicht erlaubt werden.“ Die Methoden der Schulabteilungs-Flachsmänner scheinen auch in den anderen Ressorts der Regierungskommission ihren Einzug halten zu wollen. Die Bevölkerung erteilte denn auch auf dieses Verbot die einzig richtige Antwort, und als am Sonntag die Bannerautos der Turner durch die Stadt fuhren, wurden sie allenthalben stürmisch bejubelt und man begrüßte überall diesen findigen Ausweg der Turner mit einem verständnisvollen Schmunzeln.

Der Samstagabend vereinigte die Turner mit ihren Gästen und Freunden zu dem althergebrachten Begrüßungsabend, der diesmal im Saalbau stattfand und einen außerordentlich starken Besuch aufwies. Der Vorsitzende des Ausschusses Dr. Kalesfeld rief den Turnern, besonders jenen aus dem besetzten Gebiet und von rechts des Rheins herzliche Willkommengröße zu. Die Anwesenheit der Brüder aus dem Reich sei geeignet, die Bande zum großen Vaterland enger zu knüpfen und eine geistige Brücke zu den Volksgenossen drüben zu schlagen. Der Redner gab so dann einen kurzen Rückblick auf die Geschichte des Spichererbergfestes, das 1913 seinen Höhepunkt mit 3000 Wettkämpfern hatte. Nach dem Krieg war selbstverständlich ein Rückschlag eingetreten, doch es geht wieder mit mächtigen Schritten aufwärts. In diesem Jahre traten rund 2400 Wettkämpfer an, davon 117 aus dem besetzten und 9 aus dem unbesetzten Gebiet (lebhafter Beifall). Die Mitteilung, daß die Regierungskommission den Aufmarsch der Kampfrichter verboten, ebenso das Verbringen der Wanderpreise nach dem Turnplatz in festlichem Zuge verboten, löste zunächst starken Unwillen, dann aber unbändige Heiterkeit aus. Unter allgemeiner Zustimmung erhob Dr. Kalesfeld entschieden und feierlich Protest gegen diese Annäherung der Regierungskommission. Fester denn je stehen wir zum Deutschtum und werden verharren in der Abwehr gegen alles, was uns entgegentritt. Diese unsere Gesinnung bringen wir zum Ausdruck, indem wir rufen: Gut Heil unserm deutschen Vaterland! Gut Heil der Deutschen Turnerschaft. Tausendfach durchbrauste der Ruf den Saal und mit Begeisterung sang die Festversammlung das Deutschlandlied. — Gauvertreter Burt überbrachte die Grüße der Saarturnerschaft, des Mittelrheinkreises und der Deutschen Turnerschaft und wünschte dem Fest einen guten Verlauf. Es folgte die Ehrung eines um die Deutsche Turnerschaft und besonders um das Spichererbergfest hochverdienten Turners, des langjährigen Geschäftsführers, dieses Festes, Georg Stüker, dem der Gauvertreter unter warmer Anerkennung seiner Verdienste und unter allgemeinem Beifall die einzige, aber um so höher geschätzte Auszeichnung, den Ehrenbrief des Kreises überreichte. Stüker dankte und gab die Versicherung, auch weiter seine Kraft der D.T. zu widmen. Der Abend brachte Turner am Red, das wir uns etwas besser gewünscht hätten, dann unter Leitung Stühlers Freiübungen und einen rhythmisch-ästhetischen Tanz der Maffstatter Turnerinnen, die glänzend ausgeführt wurden, unter Meyenbergs Leitung ein Säbel- und Florettfechten, das ebenfalls stürmischen Beifall erntete. Es war ein Abend, getragen von echt turnerischem und kameradschaftlichem Geist. Früh brach man auf, um zu den Kämpfen des Sonntags neue Kraft zu sammeln.

Am Sonntag war der neue in aufopfernder Arbeit der Mitglieder glänzend angelegte Platz des Männer-Turnvereins auf dem Kleinen Exerzierplatz das Ziel vieler Tausende. Die Bürgerschaft, die schon in dem reichen Flaggenschmuck ihrer Häuser ihre enge Verbundenheit mit dem Gedanken des Festes bekundet hatte, ließ auch in dem außerordentlich starken Besuch ihre unge-schwächte Teilnahme am Spichererbergfest erkennen. In diesem Jahre hatten wir ein Turn- oder Sportfest in unserem Gebiet mit einem derartigen Massenbesuch noch nicht zu verzeichnen. Zum Teil war der Besuch sicher auch ein sichtbarer Protest gegen die kleinliche Verboispolitik der Regierungskommission.

In den Mittagsstunden wurden die verschiedenen Wanderpreise in festlich geschmückten Autos aus der Stadt heraufgebracht und nachmittags feierlich auf den Platz eingeholt.

Die Beteiligung an den Wettkämpfen entsprach den Erwartungen. Die Organisation und die Bewältigung des Massenaufgebotes an ausübenden Turnern und Turnerinnen klappte ganz ausgezeichnet. Die umfangreichen Wettkämpfe der Zweitausend füllten von Morgen bis zum Abend fast den ganzen Tag aus und wurden programmgemäß, abgesehen von unbedeutlichen Kleinigkeiten, reibungslos durchgeführt. Ein Heer von Kampfrichtern und Riegenführern, Zeitnehmern, Rechnern usw. hatte sich in den Dienst der Sache gestellt.

Wie man hört, sind in den Turnerkreisen Bestrebungen im Gange, die Scheidewand zwischen Turnern und Sportlern fallen zu lassen, so daß wir also alles, was Leibesübungen treibt, beim Spichererbergfest im nächsten Jahre zusammen sehen werden. In dem Gedanken, daß gerade solche Tage geschaffen sind, um das

Gemeinsame zu betonen, wie es bei der Jahrtausendfeier in so erhebender Weise geschehen ist, begrüßt man diese Runde mit besonderer Freude. Die Turn- und Sportverbände sind heute neben den Sängerbänden doch fast die einzigen großen Korporationen, die frei von allen Interessengliedern und wegen ihres im höchsten Sinne sozialen Charakters sammelnd und ausgleichend wirken können. Die Initiative, wie sie in dieser Richtung ergriffen worden ist, war in ihrer Verwirklichung vorbildlich.

(Saarbrücker Zeitung.)

Personalnachrichten.

Seinen 80. Geburtstag beging am 11. August der katholische Seelsorger der Stadt Saarlouis, Prälat und Ehrendomherr Mfg. Subtil. Der greise Priester, der auf die arbeits- und segensreichste Tätigkeit in Saarlouis zurückblicken kann, ist weit über das Saargebiet hinaus bekannt. Im Jahre 1897 wurde er im Einverständnis mit der kirchlichen Behörde durch eine Order des Preussischen Königs zum Ehrendomherr ernannt. Im Jahre 1920 erhielt er vom Papst das Prädicat Monsignore anlässlich seines 50jährigen Priesterjubiläums. Augenblicklich weilt er zur Erholung in Luzern. Wir rufen ihm auch von hier aus zu seinem Geburtstag nachträglich unsere herzlichsten Glückwünsche zu.

Saarlouis. Die hl. Priesterweihe empfing am letzten Sonntag im Dom zu Trier durch Herrn Bischof Dr. Bornwässer ein Sohn unserer Stadt, Herr Antonius Paquet.

Todesfälle. Saarbrücken: Otto Theophil, 18 Jahre; Frau Ww. Peter Gimbel geb. Gelf; Frau Ww. Nif. Thull geb. Desland; Nikolaus Darimont, Rentner, 56 Jahre; Jakob Bach, 48 Jahre; Frau Ww. Marie Schill geb. Gröschel, 65½ Jahre; Frau Marg. Ligenburger geb. Lambrecht, 59 Jahre; Frl. Berta Klos, 19 Jahre; Heinrich Lawinger jr., 47 Jahre; Frau Elisabeth Hamann geb. Vollenbacher, 55 Jahre; Frau Ww. Margarete Krämer geb. Becker, 81 Jahre; Frl. Emmy Reith, 20 Jahre; Jakob Schmidt, Gärtner, 60 Jahre; Frau Dr. Lenke, Anna geb. Hartung, 78 Jahre; Frau Ww. Joh. Ad. Jäger verm. Schröder geb. Kirsten, 84 Jahre; Frau Ww. Maria Weyrich geb. Ferring, 77 Jahre; Rechnungsrat Robert Gustav Bieler; Heinrich Kesper sen.; Käthchen, Gräber, 20 Jahre; Christian Faust, 48½ Jahre; Frau Friedrich Weismüller, 49 Jahre; Frau Ww. Dorothea Mollee, 80 Jahre; Karl Kalthofen, 39 Jahre; Martin Grudjinski, 28 Jahre; Sally Drucker, 73 Jahre; Frau Maria Erkel, 44 Jahre; Karl Düpre, 65 Jahre; Nikolaus Dressel, 68 Jahre; Fräulein Kunig. Dubhennell, 28 J.; Fräulein Thea Huppen, 17 Jahre. Güttingen-Schönbach: Julius Schulz, 67 Jahre. Kleinblittersdorf: Knappschafftsarzt Dr. med. Kirsch, 62 Jahre. Jenne: Adam Fering, Maurermeister, 76 Jahre. Mientessel: Ww. Maria Kath. Becker geb. Pabst, 74 Jahre. Wehden-Saar: Frau verm. Rektor Michel, Helene geb. Schwarz, 66 Jahre. Wörlingen: Gustav Martin, Ingenieur; Frau Sophie Wagner geb. Hamm, 47 Jahre; Frau Notar Dr. Engrim, 55 Jahre; Frau Luise Forster, 24 Jahre. Ludweiler: Nif. Selzer. Güttingen: Frau Adam Nalbach geb. Altmeyer, 37 Jahre. Herrensloh: Frau Regina Herz geb. Junter, 71 Jahre; Frau Ww. Katharina Becker geb. Wittcher, 73 Jahre; Steuerinspektor Stephan Kuhn, 28 Jahre. Dudweiler: Jakob Wunn, pens. Bergmann, 66 Jahre; Peter Jungbluth, 61 Jahre; Frl. Kath. Mann, 43 Jahre; Frau Frieda Nisch geb. Schneider, 21 Jahre; Frau Barbara Grenner geb. v. d. Roth, 70 Jahre; Frau Karl Wilhelm, Karoline geb. Lausch, 46 Jahre; Frl. Diesel Müller, 21 Jahre; Frau Emma Engel; Frau Rektor Elisabeth Lehnhoff, 64 Jahre; Grubenschmied Heinrich Schulde, 57 Jahre; pens. Bergmann Ludwig Büsch, 63 Jahre; Knappschafftsarzt San.-Rat Dr. Max Schmidt, 59 Jahre; Johann Pih, 82 Jahre; Frau Jakob Braun verm. Jos. Spang geb. Dews, 49 Jahre; Frau Ww. Wilhelm König geb. Gerber, 58 Jahre; Frau Ww. Amalie Wunn geb. Baldes, 64 Jahre; Frau Katharina Hun geb. Koll, 68 Jahre; Werner Schneider, 15 Mon.; Frau Luzie Linke geb. Quahsen. Sulzbach: Frau Ludwig Benig, 70 Jahre; Frau Philipp Hüppchen, 44 Jahre; Ferdinand Bades, 39 Jahre. Heiligenwald: Frau Katharine Petilliot geb. Frisch, 76 Jahre. Von der Hent: August Warth, 56½ Jahre. Altenwald: Otto Berberich, Maschinist, 34 Jahre. Gütersfeld: Johann Jakob Jochum, 61 Jahre. Rishbach: Ludwig Gebhardt, 68 Jahre. Wemmelweiler: Frau Jakob Stuppi, Katharina geb. Nau, 62 Jahre. Niederlingweiler: Gastwirt Heinrich Bolz, 44 Jahre. Neunkirchen-Saar: Frau Maria Märk geb. Baldes, 30 Jahre; Frau Jakobine Suppert; Ww. Mina Bettinger geb. Schneider, 64 Jahre; Wilhelm Bregel, 82 Jahre; Frl. Katharina Hauk, 16 Jahre; Ww. Karoline Koch, 76 Jahre; Elfriede Grobler, 13½ Jahre; Dorothea Jost geb. Hornberger, 69 Jahre; Emil Keller. Niebskirchen: Friedrich Busse, 64 Jahre; Gärtner Erich Schlen, 19 Jahre; Karl Lang, 59 Jahre. Ottweiler: Ludwig Klein, 65 Jahre; Gastwirt Jakob Pfeiffer, 61 Jahre;

Christian Funt, 79 Jahre; Frau Wilhelmine Diesel geb. Neufang, 47 Jahre; Edgar Herrmann, 30 Jahre; Fräulein Charlotte Stau, 24 Jahre; Karl Sid, 50 Jahre; Oskar Sid, 18 Jahre; Joh. Christian Hoffmann, 67 Jahre; Friedrich Nischar, 75 Jahre. Wiesbach: Mathias Bruch, 49 Jahre. Wahlen: Bautechniker Nikolaus Selzer, 33 Jahre. Dillingen: Kaufmann Georg Burger, 65 Jahre; Frau Simon Richard, 39 Jahre. Saarlouis: Maria Both, 2 Jahre; Gastwirt Emanuel Landry, 78 Jahre; Frau Ww. Magdalena Stoffel geb. Marion, 86 Jahre. Franlauren: Fabrikant Nikolaus Mathieu, 56½ Jahre. Bisdorf: Bäckermeister Wilhelm Wagner-Huber, 43 Jahre. St. Ingbert: Frl. Karoline Conrad, 76 Jahre; Franz Michels, 57 Jahre. Homburg: Adam Lüttig, 61 Jahre; Heinrich Hoffmann. Wieskastel: Malzmeister Wilhelm Günther, 48 Jahre; Jakob Neumüller, 50 Jahre. Ensheim: Fräulein Mathilde Kuhn, 18 Jahre. Hattlingen: Mehgermeister Otto Willgraff, 72 Jahre. Kaiserslautern: Kommerzienrat Oskar Pfeiffer, 49 Jahre.

Vom Saargrubenbau.

Die Grubentapelle von St.-Ingbert entlassen.

Die Grubentapelle von St.-Ingbert hatte eine Konzertreise nach München und anderen Städten des unbefetzten Gebietes unternommen und dabei den von der französischen Grubenverwaltung erhaltenen Urlaub um einige Tage überschritten. Die Verwaltung hat in diesem Falle laut Arbeitsvertrag das Recht, die Bergleute ohne Kündigung zu entlassen. Sie hat, wie wir erfahren, von diesem Recht Gebrauch gemacht, so daß die Mitglieder der Kapelle am Ende ihrer Reise arbeitslos dastehen. Es ist bekannt, daß die alte bayerische Knappschafftskapelle längst französische Werkskapelle werden sollte, was aber abgelehnt wurde. Jetzt hat die Grubenverwaltung eine Gelegenheit gefunden, der Kapelle den Garau zu machen. Schritte, die bei der Generaldirektion um Rückgängigmachung der Kündigung unternommen wurden, waren erfolglos.

Lohnforderung der französischen Bergarbeiter des Moselgebietes. Wie aus Metz gemeldet wird, haben die Bergarbeiter des Moselgebietes unter Berufung auf die im Saarbergbau erfolgte Lohnerhöhung ebenfalls einen Sprozentigen Zuschlag gefordert, zu dessen Bewilligung sich die Grubenbesitzer außerstande erklären. Sie sagten jedoch zu, Maßnahmen zu treffen, durch die eine Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft herbeigeführt wird. Am 31. August soll eine neue Besprechung zwischen den Arbeitern und Unternehmern stattfinden.

Vom „Bund der Saar-Vereine“ und den angeschlossenen Vereinigungen.

An die Ortsgruppen des Bundes der Saarvereine im Ruhrgebiet.

Nachdem unser liebes deutsches Ruhrgebiet von der Franzosenbesatzung befreit und endlich geräumt worden ist, ist es uns ein Herzensbedürfnis, unseren Ortsgruppen, die infolge der Besatzung solange zur Untätigkeit verurteilt gewesen sind, die besten Glückwünsche zu entbieten. Wie uns unsere Ortsgruppe in Essen sehr richtig mitteilt, ist nunmehr das allerwichtigste für die Ortsgruppen des Bundes der Saarvereine die Wiederaufnahme der Saarvereinsarbeit. Aus der Doppelnummer 12/13 unserer Halbmonatsschrift „Saar-Freund“ mit der ausführlichen Berichterstattung über die 5. Tagung des Bundes der Saarvereine in Hannover können die Ortsgruppen entnehmen, wie unsererseits unermüdlich weitergearbeitet worden ist.

Schwere Kämpfe liegen hinter uns. Besonders während und nach der Inflationszeit bedurfte es der größten Anstrengungen und eines eisernen Willens, um die für die Weiterführung der eGschäfte erforderlichen Geldmittel aufzubringen. Viele Widerwärtigkeiten sind zu überwinden und gerade der Mangel der Mitarbeit unserer im Ruhrgebiet befindlichen Ortsgruppen hat sich ganz besonders fühlbar gemacht. So ist es für uns eine aufrichtige Freude und außerordentlich ermutigend, daß wir nunmehr wieder auch mit der Mitarbeit unserer Ruhr-Ortsgruppen rechnen dürfen. Aus den auf der letzten Tagung in Hannover für die Orts- und Landesgruppen aufgestellten Leitsätze mit den früheren Richtlinien, die allen Ortsgruppen zugegangen sind, können diese entnehmen, in welcher Richtung sich unsere weitere Bundesarbeit bewegt. In erster Linie dürfte es erforderlich sein, sich mit der Ordnung der Finanzen innerhalb der einzelnen Ortsgruppen zu befassen, damit diese recht bald in der Lage sind, uns die so notwendigen Zuwendungen zugehen lassen zu können.

Als nächste Aufgabe dürfte den Ortsgruppen zufallen, unserem „Saar-Freund“ eine möglichst große Verbreitung zu geben. Zu diesem Zwecke lassen wir den Ortsgruppen Postbestellzettel zugehen; es ist danach zu streben, daß alle Mitglieder der Ortsgruppe den „Saar-Freund“ unmittelbar durch die Post beziehen. Wir weisen bei dieser Gelegenheit ausdrücklich darauf hin, daß der Bezug des „Saar-Freund“ nur unmittelbar durch das zuständige Postamt erfolgen kann.

Saarkinderbesuch. In Ansehung der durch die Abtrennung bzw. Befreiung hervorgerufenen Notlage im Saargebiet und Rheinhessen, hat die Reichszentrale für die Entsendung von Kindern zum Erholungsaufenthalt 630 Kindern von der Saar einen achtwöchigen Erholungsaufenthalt in Heimen an der Ostsee vom 4. August ab ermöglicht. Im Rahmen dieser Aktion traf am 5. August morgens 6 Uhr der Kinderonderzug auf der Durchreise in Berlin ein und wurde auf dem Anhalter Bahnhof, wo sich auch die Kapelle der Kommandantur Berlin unter Musikmeister Ahlers eingefunden hatte, zunächst von Herrn Dr. Gerlich begrüßt. 15 große Personenwagen der Abzug führten die Kinder und Begleiter durch Berlin, die hierbei Gelegenheit hatten, einen Teil unserer Reichshauptstadt kennenzulernen. Zum Schluß fuhren die Wagen nach den Germaniajalen, Chausseestraße 110, wo die Kinder von dem Vaterländischen Frauenverein versorgt wurden. Die Herren des zuständigen Ressorts, die Vertreter der Regierung und Behörden, hatten inzwischen im Hotel Excelsior ein gemeinsames Frühstück eingenommen, wobei der Landtagspräsident von Hessen, Adeling, die anwesenden Herren Minister und Vertreter der Regierung begrüßte. Herr Direktor Fietz sprach als 2. Vorsitzender der Bundes der Saarvereine der Regierung und der Stadt Berlin für ihre Bemühungen und Unterstützung seinen Dank aus. In den Germaniajalen wurden die Kinder dann offiziell durch den Herrn Wohlfahrtsminister Hirtleier und den Geh. Reg.-Rat Dr. Pokrantz bewillkommen. Unter den Erschienenen bemerkte man ferner Herrn Ministerialrat Böhl vom Arbeitsministerium, als Vertreter der Reichsregierung Excellenz von Biggelen, Legationsrat Meyer-Edward, Frau Ministerialrat Hirschfeld, Herrn Geheimrat Koch, Herrn Stadtrat Esbers vom Wohlfahrtsministerium, ferner Herrn Ministerialdirektor Dr. Klause, Oberregierungsrat Peters, Regierungsrat Schuster, Herrn Direktor Scheffen vom Preussischen Landesauschuß der Deutschen Nothilfe und die Vertreter der Eisenbahndirektion und der Presse. Von der Ortsgruppe Berlin des Bundes der Saarvereine waren erschienen Frau Geh. Oberbergerrat Hueb, Frau Verwaltungsdirektor Vogel. Für moralische Unterhaltung sorgte die Kapelle der Freiwilligen Sanitätskolonne Berlin-Schöneberg unter der Führung des Kapellmeisters Weiß, die sich in lebenswürdiger Weise zur Verfügung gestellt hatte.

Trotz der außerordentlich schwierigen Wirtschaftslage hat das Saargebiet auch in diesem Jahre wieder über 400 erholungsbedürftige Kinder aus Hamburg, Hannover, Magdeburg und Berlin aufgenommen. Wie wir hören, wird der letzte Transport dieser Kinder, die durchschnittlich sechs Wochen hier weilten, in der nächsten Woche heimkehren.

Die Ortsgruppe Essen des Bundes der Saarvereine hatte für den 31. Juli d. J. abends eine Vorstandssitzung in der Kaupenhöhe einberufen. Nach einem Bericht über die Tagung in Berlin waren alle Herren sehr erfreut darüber, daß von der Geschäftsstelle Saar-Verein in Berlin aus die sofortige Verbindung mit dem Ruhrgebiet aufgenommen wurde. Sie gaben ihrem Dank darüber beredten Ausdruck. Es wurde dann beschlossen:

Die Vereinsarbeit soll sofort wieder aufgenommen werden. Im August soll eine zwanglose Zusammenkunft stattfinden. Anfang September soll die erste ordentliche Vereinsversammlung sein. Falls im Ruhrgebiet eine größere Befreiungsfeier stattfindet, soll versucht werden, als „Saarredner“ Herrn Verwaltungsdirektor Vogel-Berlin zum Worte kommen zu lassen. Ist das nicht möglich, so soll von uns aus zu gegebener Zeit eine öffentliche Saar-Rundgebung stattfinden. An die Behörden (Oberbürgermeister) soll herangetreten werden mit der Bitte, in großen öffentlichen patriotischen Rundgebungen auch einen Vertreter der Saarsache zum Wort kommen zu lassen. Nachdem das Ruhrgebiet geräumt ist, müsse die Saar mehr in den Vordergrund gerückt werden. — Diese erste Tagung verlief sehr angeregt. Man merkte allen Herren die Freude an, daß sie frei von äußerem Druck nunmehr für die Sache ihrer Heimat eintreten können. Daß aber der Abend eine ganz besondere Erhebung für uns bringen sollte, das hatte keiner geahnt. Während wir tagten, hatten sich im Saale die Mitglieder des Essener Männergesangsvereins versammelt. Bald tönten altbekannte Weisen von Vaterland und Freiheit an unser Ohr. Das deutsche Lied verband unsere Herzen mit denen der Sänger. Da klang es spontan aus dem Munde der Herren. „Herr Debusmann, nun müssen Sie hinaus-

treten und auch von der Saar reden.“ Alle traten wir hinaus. Der Vorsitzende, Herr Seminar-Oberlehrer Debusmann sprach von dem deutschen Sinn an der Saar und von deutscher Not unter den fremden Eindringlingen. Dann sangen wir das Lied „Deutsch ist die Saar“. Bewegt lauschten die Sänger im Saale unserem Treuschwur. Aus der Mitte des Gesangsvereins antwortete Herr Bergassessor Liebrecht. Er protestierte dagegen, daß man das Land dort unten an der Saar nicht kenne. Ruhr- und Saarschicksal seien zu eng miteinander verbunden, als daß nicht einer am andern besonderen Anteil nehme. Ein anderer Herr regte eine Sammlung für die in Not befindlichen Vergleute an, zu der auch fleißig gespendet wurde. Nachdem wir uns wieder zurückgezogen hatten, wurden die Herren von der Saar herausgebeten, und nun sang der Essener Männergesangsverein uns das Lied: „Das ist der Tag des Herrn“. Der Sang und das Wort waren verklungen. — „Die Glocken läuten!“ — Alle treten hinaus auf die Straße, die Befreiungsglocken läuten! Alle schweigen und erfassen die Stunde. Dann aber erklingt noch einmal mächtig: „Das ist der Tag des Herrn“. — So war unsere kleine bescheidene Tagung Veranlassung zu einer spontanen Rundgebung geworden, die uns hoch befriedigte. — Sämtliche Herren des Vorstandes baten um Zustimmung des „Saarfreund“.

Ueber die Jahrtausendfeier der Ortsgruppe Köln des Bundes der Saarvereine am 1. August 1925, abends 8 Uhr, im Rudolfs-Saale geht uns folgender Bericht zu: „Am Samstag, den 1. August, abends 8 Uhr, versammelten sich die Mitglieder der Ortsgruppe Köln mit ihren Angehörigen und Freunden der guten Sache im dazu festlich geschmückten Rudolfs-Saale zu einer würdigen und erhebenden Jahrtausendfeier. Eingeleitet wurde die Feier durch den echt deutschen Marsch: „In Treue fest“ von der Orchester-Gesellschaft „Fidelio“, Köln-Klettenberg. Als dann wurde von Fräulein Schillo der wundervolle Prolog „Mein Heimatland am Saarestrand“ vorgetragen, worauf der 1. Vorsitzende, Herr Baumüller, die in übergroßer Zahl erschienenen Gäste und Mitglieder mit echt kernigen Worten begrüßte. Er gab dem Wunsch Ausdruck, daß allen Teilnehmern nach zehn Jahren dieser Abend im Geiste wieder vor Augen treten soll, wenn die Saar-Deutschern zur Wahlurne schreiten, um über das zukünftige Schicksal unserer lieben Heimat abzustimmen, mit der Hoffnung, daß die Saarbevölkerung mit 99% Prozent für restlose Wiedereinsetzung der deutschen Souveränität stimmen werde. Mit dem treuen Gruße „Treudeutsch immerdar ist und bleibt das Volk der Saar“, schloß er seine Begrüßung. Nachdem die Musik in vollendeter Weise die Ouvertüre „Die Zigeunerin“ vorgetragen hatte, wurde Herrn Pfarrer Lic. Kadde, der in lebenswürdiger Weise als ehemaliger Saarbrücker die Festrede übernommen hatte, das Wort erteilt. Dieser verstand es in fesselnder Weise, die Verhältnisse und die Treue der Saargebietsbewohner zum deutschen Vaterlande zu schildern. Gewaltiger, fast nicht endenwollender Beifall wurde dem Redner für seine zu Herzen gehenden Worte als Dank von der Festversammlung gezollt. Fräulein Vieten trug uns mit ihrer herrlichen Stimme hierauf zwei sinnige Heimatlieder von der Saar vor, die mit Begeisterung von den Anwesenden aufgenommen wurden. Als Schlußstück wurde dann noch eine Dichtung: „Der Saarländer Treue“ von Herrn Ludwig Jun. vorgetragen. Der 2. Teil des Programms wurde von der Kapelle durch den Vortrag der Fantasie aus „Lohengrin“ eröffnet. Ihm folgte mit großer Spannung der vom 1. Vorsitzenden aufgestellte Bergmannsreigen. 8 Damen in der Kleidung der Saarfarben und 8 Herren in der schmalen Bergmannsuniform führten unter den Klängen des Steigermarsches diesen Reigen wunderbar auf, und mußten sie durch den übergroßen Applaus, der ihnen gezollt wurde, denselben nochmals vorführen. Große Ueberraschung wurde unter der nächsten Nummer den Anwesenden geboten. Im Hintergrunde der Bühne war von einem Freunde unserer Sache das Winterbergdenkmal mit einem Teile der Altstadt und der Pappelallee auf dem Triller in wunderbarer Weise auf die Leinwand gebracht. Vor diesem Hintergrund erhob sich das Bismarckdenkmal (ausgeführt von dem 1. Vorsitzenden), vor dem die Knappen und Mädchen den Treuschwur der Saardeutschen ablegten. Alle Teilnehmer und Besucher der Festlichkeit waren überaus erstaunt über die Leistungen des noch so jungen Vereins. Als Schlußnummer des ganzen Programms sang Fräulein Hachke noch zwei herrliche Lieder, die ebenso wie die vorhergehenden Nummern mit großer Begeisterung aufgenommen wurden. Nachdem das Programm sein Ende erreicht hatte, wurde noch eine Tombola zur Verlosung gebracht, die nur aus Geschenken von Mitgliedern und Freunden unseres Vereins gestiftet worden waren. Ein besonderes Geschenk stiftete die Firma Gebr. Mertens aus Köln, indem sie dem Verein als Vereinsymbol das herrliche Winterbergdenkmal in Schokolade und Marzipan überreichte. Das Denkmal wird im Vereinslokal unter Glasverschuß als Erinnerung an die Jahrtausendfeier aufgestellt werden. Der Verlosung schloß sich noch ein Tänzen an, dem von jung und alt, bis zur vorgerückten Stunde gehuldet wurde. — Allen unseren Freunden und Gönnern, die durch ihre Unterstützung und Geschenke zur Verherrlichung des Festes beigetragen

haben, sei nochmals von dieser Stelle aus unser herzlichster Dank ausgesprochen. Möge die Ortsgruppe Köln immer weiter blühen und gedeihen. Dazu ein herzliches freudeutsches Glück auf!

Die Ortsgruppe Bochum und Umgegend des Bundes der Saarvereine ist am 2. August d. J., nach Abzug der Franzosen, neu gegründet worden. Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: 1. Erster Vorsitzender N. Klemmer, Geschäftsführer, 2. Zweiter Vorsitzender M. Christ, Invalide, 3. Schriftführer H. Lauf, Bürovorsteher, 4. Kassierer F. Stalter, Bankbeamter, 5. Beisitzer H. Held, Ingenieur, 6. Beisitzer H. Hüning, 7. Beisitzer H. Graf. Es ist außerordentlich zu begrüßen, daß es dem Eintreten des Herrn Klemmer gelungen ist, sofort nach Abzug der Franzosen unsere blühende Ortsgruppe Bochum, der über zwei Jahre jede Vereinstätigkeit infolge des Ruheinbruchs verboten war, wieder ins Leben zu rufen.

□ Ortsgruppe Dortmund des Bundes der Saarvereine hielt eine Versammlung am 9. August d. J. im „Restaurant Berghoff“ ab. Die Versammlung wird in Verhinderung des 1. Vorsitzenden von dem 2. Vorsitzenden Herrn Eisenbahn-Obering. Ost mit einem kurzen Hinblick auf die heutige wirtschaftliche Lage, insbesondere auf den vergangenen Bergarbeiterstreik im Saargebiet eröffnet. Im Anschluß daran teilt der Versammlungsleiter mit, daß die Tochter des Landmanns Eigenbrodt vor kurzem gestorben sei. Die Versammlung erweist der verstorbenen Landmännin die übliche Ehrung durch Erhebung von ihren Sigen. Nach Genehmigung des Protokolls der letzten Versammlung wird folgende Tagesordnung bekanntgegeben und angenommen: 1. Bericht des Versammlungsleiters über die am 25. 7. 25 stattgefundene Vorstandssitzung im Abgeordnetenhaus, Berlin, des Bundes der Saarvereine. 2. Wahl des Landmanns Reppert zum Eintassierer. 3. Besprechung der auf der Tagung in Hannover genehmigten Leitsätze für die Betätigung der Ortsgruppen. 4. Verschiedenes. Zu Punkt 1 berichtet Landmann Ost über die letzte Vorstandssitzung des Bundes der Saarvereine in Berlin. Aus den Ausführungen entnimmt die Versammlung mit Befriedigung, welche Arbeiten in letzter Zeit von dem Bund im Interesse unserer Saarheimat geleistet worden sind. Besonders begrüßt wird die vom Bund in Aussicht genommene Kartoffelsammlung für die Pensionäre und Altrentner des Saargebietes. Landmann Dr. Schmidt dankt hierauf dem Berichterstatter für seine ausführlichen Darlegungen. Zu Punkt 2 wird Landmann Reppert als Eintassierer gewählt. Zu Punkt 3 werden die auf der Bundestagung in Hannover festgesetzten Leitsätze für die Betätigung der Ortsgruppen bekanntgegeben und allgemein gutgeheißen. Zu I. d. Nr. 4 der Leitsätze wird beschlossen, ein werbendes Rundschreiben loszulassen. Im Verfolg des Punktes 5 der Leitsätze wird ein Lichtbildervortrag über unsere Saarheimat in Aussicht genommen, wozu die Grenzländervereinigungen eingeladen werden sollen. Bei Besprechung der I. d. Nr. 7 ist man der Ansicht, daß allen neu eintretenden Mitgliedern der Saarfremd vom Verein aus bestellt werden soll, da sonst mancher Abonnent unserem Bundesorgan verloren geht. Außerdem wird angeregt, den Saarfremd in der städtischen Lesehalle auslegen zu lassen. Zu I. d. Nr. 9 wird die Anlegung einer Kartei, in der sämtliche zur Abstimmung wahlberechtigten Landsleute Aufnahme finden sollen, beschlossen. Bei Besprechung der I. d. Nr. 16 der Leitsätze, die vorsieht, neuen Straßen und Plätzen unserer Stadt Saargebietsnamen zu geben, wird betont, daß in Dortmund bereits eine Saarbrücker Straße und eine Spichernstraße vertreten sind. Trotzdem ist man der Meinung, dafür zu werben, daß weitere Straßen und Plätze unserer Stadt Dortmund Saarnamen erhalten sollen. Bei Punkt „Verschiedenes“ meldete sich ein Mitglied einer Rheinländerjüngervereinigung zum Wort, der die Landsleute zu einem demnächst stattfindenden Ausfluge nach dem Blic bei Löttringhausen einlädt. Gleichzeitig gibt er bekannt, daß eine Jahrtausendfeier der Rheinländer geplant sei, zu der unser Verein eingeladen wird. Der Verhandlungsleiter sagt Teilnahme zu, sofern die Feier nicht als reine Vergnügungsfeier sondern als öffentliche Rundgebung, bei der das Saargebiet Berücksichtigung finden müßte, gedacht sei. Zum Schluß dankt Herr Ost noch dem Landmann Spurland für die gelegentlich des Ausfluges gestifteten Geschenke. Die Versammlung wird 8,45 Uhr geschlossen.

Ortsgruppe Frankfurt a. M. Die regelmäßige Mitgliederversammlung findet jeden letzten Dienstag im Monat, abends 9 Uhr, im Bürgerverein, Stiftstraße 39 II, statt. Jeder Freund der Saarsache ist zu diesen Monatsversammlungen herzlich eingeladen. Der Saarbrücker Stammtisch in Frankfurt a. M. tagt jeden Donnerstag abend im Henninger-Bräu, Gr. Eschersheimer Straße, nahe dem Schillerplatz. Jede Auskunft über die Ortsgruppe Frankfurt a. M. usw. erteilt jederzeit gern die Geschäftsstelle Mainkufstraße 2.

Das Saargebiet in Gefahr!

Jeder Deutsche muß Mitglied des Bundes „Saar-Verein“ sein!

Südwestdeutscher Heimattag 1925 in Karlsruhe. Am Samstag, 12. September, und am Sonntag, 13. September, findet in Karlsruhe wieder wie in den beiden letzten Jahren eine große heimatlische Rundgebung statt, bestehend aus einem Heimatabend mit heimatlischen Festspielaufführungen am Samstag abend, einem Festzug am Sonntag vormittag und einem Stadtparkfest nebst Pferderennen am Sonntag nachmittag. Richtlinien und Fragebogen für Vereine, die sich beteiligen wollen, sind bereits versandt worden. Der Festzug soll im weitestmöglichen Umfang: Festwagen und Gruppen, die das Trachtenleben in Süddeutschland verkörpern, Festwagen und Gruppen, die das heimische Gewerbe darstellen, oder solche, die historische Begebenheiten veranschaulichen. Es empfiehlt sich, rechtzeitig mit den zuständigen Eisenbahn-Direktionen zwecks Bereitstellung von Sonderzügen in Verbindung zu treten. Die Ortsgruppe Karlsruhe des Bundes der Saarvereine beteiligt sich, genau wie im Vorjahre, an den Veranstaltungen und wird u. a. für den Festzug einen Wagen, Saarstollen, zur Verfügung stellen. Wegen der Teilnahme von Vereinen aus dem Saargebiet fand am Sonntag eine Besprechung in Saarbrücken statt.

Briefkasten.

J. u. G. D. in S. 1: M. 30,— mit herzlichem Dank erhalten.
K. in S. 1: M. 10,— mit bestem Dank erhalten.
G. M. in W.: M. 5,— mit bestem Dank erhalten.
R. N. in S. 2: M. 10,— mit bestem Dank erhalten.
R. W. in S.: M. 4,— mit herzlichem Dank erhalten.
Schentelberg in S.: 20 Mark mit herzlichem Dank erhalten.

Im Verlag der Saarbrücker Landes-Zeitung

sind erschienen:

Goldmark

- | | |
|---|-------|
| Die Geschichte des Saargebietes. Von Prof. Dr. h. c. Rappersberg. Interessante Zusammenfassung der geschichtlichen Entwicklung des Saargebietes von den Anfängen der Kelten- und Römerzeiten bis in unsere Tage hinein, mit zahlreichen Illustrationen. | 15,— |
| Das schöne Land an der Saar. Von Kunstmaler H. Keuth. Ein Bilderwerk voll hoher Schönheit und innigster Naturfreude, in dem das Herz der Saarheimat schlägt. | 9,— |
| Mettlach, die Abtei, ihr Gründer u. ihre Geschichte. Von C. Conrad, Mettlach. | 1,20 |
| Bliesskastel und seine Gnadenbild. Von Hermann Josef Becker. Interessante, lebhaft Schilderung der geschichtlichen und religiösen Begebenheiten der bekannten Gnadenstätte zu Gräfenthal und der Heiligkreuzkapelle zu Bliesskastel. | 1,50 |
| Kämpfe und Werden der Hüttenarbeiter-Organisationen an der Saar. Von Karl Alfred Gabel. Umfang 200 Seiten. | 1,50 |
| Lohnpolitik und Produktionsergebnisse im Preussisch-Flakalischen Saarkohlenbergbau. Von Paul Georg Quirin, Doktor der Staatswissenschaften. | 2,50 |
| St. Ingbert und seine Vergangenheit. Eine geschichtliche Heimatkunde. Von Studienrat Wolfgang Krämer. | 12,50 |
| Die Eisenbahn-Güterfrachten im Saargebiet. Universelles Nachschlagewerk von größter Bedeutung. Von Otto Schmidt-Schulde. | 9,— |

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt durch die

Saarbrücker Druckerei u. Verlag A.-G.
Saarbrücken 3 Rathausplatz 5

Ihre Vermählung geben bekannt:

Georg Eisenbeis

und **Frau Grete**

geb. Freystedt

Hamburg, im August 1925.

Ernst Giesler & Co., Kom.-Ges.

(Inh. Fritz Huber)

Kreuztal, Krs. Siegen

Blecharbeiten aller Art
Verzinkte und lackierte Blechwaren
Baugeräte · Schiebkarren
landwirtschaftliche Geräte · verbleite Elszellen
usw.

Das deutsche Saargebiet
unter der Fremdherrschaft

von **Otto Andres.**

Von der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW. 11,
Königgräber Straße 94, zum Preise von 1,— M.
zu beziehen.

Saar-Stammtisch in Berlin

Die regelmäßigen Zusammenkünfte unserer Landsleute aus
dem Saargebiet, unserer Freunde und Bekannten finden

jeden Donnerstag abend im Restaurant

„Dessauer Garten“, Dessauer Straße 1
statt.

Ingenieur **L. Labbé**, Musiklehrer **H. Köller**.

Der Saarkalender für 1925

ist ein Gedek- und Nachschlagebuch für alle Saardeutschen. Er enthält
ernste und heitere Schilderungen der wirtschaftlichen Lage im Saar-
gebiet, ausführliche geschichtliche Darstellungen und Zeitfakeln, saar-
ländische Anekdoten, Witze usw. und bekommt durch Beiträge guter
Schriftsteller eine hochwertige literarische Note. Ein Handbuch von
dauerndem Wert für Kinder und Kindeslinder. Der Preis dieses
ausgezeichneten Wertes beträgt 3,50 M. Gleichzeitig weisen wir darauf
hin, daß ebenfalls durch uns auch noch die Jahrgänge 1923 und 1924
des Saarkalenders bezogen werden können.

Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11
Königgräber Straße 94 II.

Das Blatt aller Rheinländer!



Halbmonatsschrift für den deutschen deutschen Lesern

Verlag: „Rheinischer Beobachter“, Berlin SW 11, Köpenicker Straße 11

Mit der illustrierten Heimatbeilage „Der schöne Rhein“

Frei von jeder Tendenz, in vornehmer Ausstattung und mit
fesselndem Inhalt, vertritt der „Rheinische Beobachter“ kraft-
voll die Interessen der Rheinischen Volksgenossen und lenkt
die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit immer erneut
auf den besetzten Westen. (Monatlich 2 Hefen nur 50 Pfg.)

Bestellen Sie beim Postamt oder beim Verlag
Berlin SW 61, Großbeeren-Straße 17.

Die illustrierte Monatschrift
Elsaß-Lothringen - Heimatstimmen

Herausgegeben im Auftrag der Alt-Elsässer
u. Alt-Lothringer im Reich von Dr. Robert Ernst

(II. Jahrgang)

unterrichtet sachkundig über elsäß-lothringische
Geschichte, Politik, Kultur und Wirtschaft

+

Aus Urteilen der Presse:

„Der Deutsche“, Berlin: „eine Zeitschrift, die ein aus-
drucksvolles Anzeichen dafür ist, mit welcher Fähigkeit und unben-
gamen Lebenskraft die Elsässer und Deutsch-Lothringer unter allem
Wechsel der Herrschaft sich zu behaupten wissen.“ — „Germania“,
Berlin: „... eine Ausgabe, die nicht länger vernachlässigt werden
darf, in der richtigen Weise angepackt.“ — „Unabhängige
Nationalkorrespondenz“: „Politisch und kulturpolitisch Inter-
essierten sei die Zeitschrift dieser ausgezeichneten Zeitschrift empfohlen.
Sie dient der Wahrheit und dient ihr gut.“ — „Preussische
Jahrbücher“: „Die Monatschrift vertritt die Stammes-
interessen dieses kerndeutschen Landes in zäher Verteidigung und
gewandtem Angriff — unwahren Tendenzen abhold, große
Sachlichkeit.“ — „Schweizerische Monatshefte für Politik und
Kultur“: „Der Herausgeber hat es wirklich verstanden, gute elsäßische
Geistesart zum Wort kommen zu lassen.“ — „Schwäbische
Volkszeitung“ (Remsstadt, Rüdert): „... musterhaft geleitete
Hefte ... Sowohl die politischen Aufsätze wie das übrige der
Hefte ausgezeichnet.“

Postbezug vierteljährlich M. 1,20. Streifbandbezug M. 1,50.
Jahresbezug für das Ausland: Frankreich 20 franz. Franken,
Schweiz 10 schw. Franken, übriges Ausland 2 amerif. Dollar.
Schriftleitung u. Vertrieb: Berlin W. 30, Postfach 5.
Postcheckkonto: Dr. Robert Ernst, Berlin NW. 7, Nr. 109799.

Vertriebene aus
Elsaß - Lothringen

müssen in ihrem eigensten Interesse stets die

„Elsaß-Lothringischen Mitteilungen“

lesen, die über alle Verdrängungs- und Liqui-
dationsschäden berichten und auch kulturelle
Fragen, elsäß-lothringische Erzählungen und
Romane bringen.

Probenummern und Bestellungen zum Preise von

70 Pfennig monatlich

bei der Expedition der „Elsaß-Lothringischen Mitteilungen“,
Freiburg i. B., Röderstr. 12.